

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hartmut Hausmann

Die neue Agenda für die europäische Politik

Anton Pelinka

Österreich: EU-Mitgliedschaft als Katalysator

Bo Hultdt

Schweden und die Europäische Union

Antti Karppinen

Finnland in der Europäischen Union

B 10/96

1. März 1996

Hartmut Hausmann, Dipl.-Pol., geb. 1940; Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin; freier Journalist in Straßburg und Hennef.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Europäischen Union und des Europarates.

Anton Pelinka, geb. 1941, Dr. phil.; seit 1975 o. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck; seit 1990 zudem wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien.

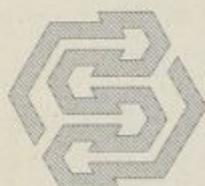
Veröffentlichungen vor allem zum politischen System Österreichs und zur Demokratietheorie. Letzte größere Veröffentlichung: Jaruzelski oder die Politik des kleineren Übels. Zur Vereinbarkeit von Demokratie und leadership, Frankfurt am Main 1996.

Bo Huldt, Dr., geb. 1941; Dozent für Geschichte; seit 1979 am Schwedischen Institut für Außenpolitik, dessen Direktor seit 1988; 1992–1993 Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS), London; 1994–1995 Direktor für Strategische Studien an der Schwedischen Militärakademie.

Veröffentlichungen u. a.: Sweden, the United Nations and Decolonization, Diss. 1974; Weltgeschichte 1945–1965, Stockholm 1981; Jahrbuch des Schwedischen Instituts für Außenpolitik seit 1983; zahlreiche Artikel über skandinavische und europäische Sicherheit, die Vereinten Nationen, friedensbewahrende Maßnahmen und internationale Waffenpolitik in Fachzeitschriften.

Antti Karppinen, M. A., Botschafter a. D., geb. 1923; Studium der Germanistik, Slawistik und der vergleichenden Sprachwissenschaft sowie Volkswirtschaft in Helsinki; im diplomatischen Dienst tätig seit 1955, u. a. Generalkonsul in Leningrad 1973–1980, Botschafter in Prag 1980–1985 und in Bonn 1985 bis 1990; Vorstandsvorsitzender des PRO BALTICA FORUM Helsinki/Hamburg; Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Finnland-Institut in Deutschland“ Berlin/Helsinki.

Veröffentlichungen u. a.: Zum Verhältnis Finnlands zur baltischen Region in: Boris Meissner/Dietrich A. Loeber/Cornelius Hasselblatt (Hrsg.), Außenpolitik der baltischen Staaten, Bibliotheca Baltica, Hamburg 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Die neue Agenda für die europäische Politik

Der Zeitplan für die zukünftige Gestaltung Europas zur Vorbereitung auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts liegt einschließlich einiger inhaltlicher Vorgaben fest. Nach den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 15. und 16. Dezember 1995 in Madrid sollen sechs Hauptbereiche – zum Teil mit genauen terminlichen Vorgaben – in Angriff genommen werden, um eine große, den gesamten Kontinent umfassende Gemeinschaft zu errichten, in der Freiheit, Wohlstand und Stabilität herrschen<sup>1</sup>. Dabei handelt es sich um die Überarbeitung der Vertragsgrundlagen zur Europäischen Union (Maastricht II), den Übergang zur einheitlichen europäischen Währung, die Erweiterung um Länder Mittel- und Osteuropas sowie Maltas und Zyperns, die Neufestlegung des Finanzrahmens der Union, die Schaffung einer europäischen Sicherheitsstruktur und um die Begründung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den dann an die Union angrenzenden Staaten im Osten und im Mittelmeerraum.

Mit dieser Absteckung des inhaltlichen und zeitlichen Horizonts für die Entwicklung der Union im nächsten Jahrzehnt wurde zugleich der in der politischen, vor allem aber in der akademischen Diskussion immer wieder hervorgehobene Gegensatz zwischen Vertiefung und Erweiterung der Union überbrückt. Aus dem Beschluß von Madrid, daß die Verhandlungen der beitragswilligen Länder mit der Union sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz und unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Konferenz beginnen sollen, geht eindeutig hervor, daß es ohne solche Ergebnisse – die ja erst die Handlungsfähigkeit der Union für den Fall einer Erweiterung schaffen sollen – keine Aufnahme neuer Mitglieder geben wird. Die Formulierung stellt ferner klar, daß die Verhandlungen erst dann beginnen können, wenn der Ratifizierungsprozeß in den 15 Mitgliedstaaten der Union abgeschlossen ist. Denn ohne das Zustandekommen des neuen Vertrages bliebe die Rechtsgrundlage für die Beitrittsverhandlungen unklar.

1 Vgl. Europäischer Rat am 15./16. Dezember in Madrid, Schlußfolgerungen des Vorsitzenden, Kapitel 4, Dokument des Europäischen Parlaments, PE 165.708.

### I. Die Regierungskonferenz von 1996

Die am 29. März in Turin unter italienischer Präsidentschaft beginnende Regierungskonferenz zur Überarbeitung der EU-Verträge soll einschneidende Korrekturen in den vorhandenen Institutionen, Entscheidungsverfahren und bei der Ausweitung der Zuständigkeiten der Union bringen. Schon im Vertrag von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union wurde diese Regierungskonferenz für das Jahr 1996 fest vereinbart. Den damals zwölf beteiligten Staats- und Regierungschefs war klar, daß die ursprünglich für nur sechs Länder geschaffene institutionelle Konstruktion der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nicht in der Lage sein würde, die in der Zwischenzeit auf die Union übergegangenen zusätzlichen politischen Aufgaben zu bewältigen, geschweige denn mehr als die sich damals abzeichnende Erweiterung um die skandinavischen Staaten und Österreich überhaupt zu verkraften.

Unter dem Druck der politisch als unumgänglich erscheinenden Integration vor allem mittel-, aber auch einiger osteuropäischer Staaten weiteten die Staats- und Regierungschefs auf ihren Gipfeltreffen in den folgenden Jahren die zunächst begrenzte Aufgabenstellung der Konferenz erheblich aus. Anders als vor Maastricht ließen sie die Vertragsverhandlungen gleichzeitig durch ein Expertenteam aus Vertretern der Mitgliedstaaten und zwei Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie einem Kommissionsmitglied sorgsam vorbereiten. Der Abschlußbericht dieser Sondierungen über Reformbedarf und Reformwillen der Mitgliedstaaten lag rechtzeitig zum Gipfel in Madrid vor.

Als wichtigste Herausforderung im Innern sieht das im Sprachgebrauch der EU „Reflektionsgruppe“ genannte Vorbereitungsteam, die Legitimation der Union in den Augen der Bürger zu stärken<sup>2</sup>. Dazu ist nach dem Bericht eine klare

2 Vgl. Bericht der Reflektionsgruppe, Teil 2, Erläuternde Agenda, Messina, 2. Juni 1995; Brüssel, 5. 12. 1995.

Definition der Ziele der Union notwendig, die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Politik und des gemeinsamen Willens, aber auch die Verständlichkeit der Zusammenarbeit. Deshalb muß die Union bei der bevorstehenden Reform mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden, um vorrangig die Probleme lösen zu können, die die europäischen Bürger am unmittelbarsten persönlich bewegen. Dazu gehören Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, innere Unsicherheit und die Zerstörung der Umwelt.

Konnte der frühere deutsche Kommissionspräsident Walter Hallstein noch vom unvollendeten europäischen Bundesstaat sprechen – eine Zielvorgabe, die jeder Bürger verstand –, so fehlt ein solcher klärender Hinweis auf föderalistische Strukturen inzwischen völlig, weil London unter allen Umständen dagegen ist und Paris und Kopenhagen mit der derzeitigen Situation zufrieden sind. Statt dessen wurde als Ersatz die Forderung nach Bürgernähe und Subsidiarität aufgenommen – Begriffe, zu deren Erklärung in der breiten Öffentlichkeit viele blumige Umschreibungen notwendig sind und die dennoch wenig Konkretes vermitteln. Die „Reflektionsgruppe“ kam in ihrer Mehrheit deshalb zu der Auffassung, daß im Unionsvertrag stärker die gemeinsamen europäischen Werte, wie Demokratie und Schutz der Menschen- und Grundrechte, verankert werden sollten. Darüber hinaus sollte die Union durch ihr Eintreten für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie für das Verbot der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religionszugehörigkeit oder sexuellen Neigungen bei den Bürgern Profil gewinnen. Gestärkt werden könnte ein europäisches Solidaritätsgefühl weiterhin durch die Schaffung von Gemeinschaftsdiensten in Form eines europäischen Friedenskorpas, das sowohl bei humanitären Maßnahmen als auch bei Naturkatastrophen in der Union eingesetzt werden könnte.

Einigkeit herrschte in der „Reflektionsgruppe“ auch darüber, daß die Möglichkeiten der Union, die Bürger besser vor Terrorismus, Drogenhandel und illegaler Einwanderung zu schützen, verbessert werden sollten, da derartige Ansätze auf europäischer Ebene vielversprechender seien als im nationalen Bereich. Der vielfach in den letzten Jahren nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene zu beobachtenden ‚Ankündigungspolitik‘ im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – indem vor jedem Gipfeltreffen Beschlüsse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gefaßt wurden – versucht das Vorbereitungsteam in seinen Vorschlägen entgegenzuwirken. Die Hauptverantwortung

für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Bürger liege nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Die Aufgabe der Union nach der Vollendung des Binnenmarktes und im Vorgriff auf die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion könne nur darin liegen, eine gemeinsame Strategie für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu entwickeln, um so die einzelstaatlichen Maßnahmen zu verstärken. Da Arbeitsplätze nun einmal nicht durch bloße Vertragsänderungen entstehen könnten, sollte durch die Regierungskonferenz lediglich eine eindeutige Verpflichtung in den Vertrag aufgenommen werden, die die Unionspolitik auf eine die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichende wirtschaftliche und soziale Integration ausrichtet.

Über diese Rahmenbedingungen hinaus warnt die Reflektionsgruppe vor der Aufnahme von Bestimmungen, die Erwartungen wecken könnten, die von der Union gar nicht zu erfüllen seien, weil deren Umsetzung hauptsächlich von Entscheidungen abhinge, die von der Wirtschaft und den Tarifpartnern auf einzelstaatlicher Ebene getroffen würden. In der Kombination verbesserter europäischer Rahmenbedingungen und nationaler Verantwortung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik liegt denn auch ein wichtiger Schlüssel für die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas<sup>3</sup>. Wesentlich stärker sollten dagegen die Fähigkeiten der Union ausgebaut werden, im Umweltbereich effizienter zu handeln und auch selbst bestimmen zu können, auf welchen Gebieten die Europäische Union angesichts der grenzüberschreitenden Auswirkungen von Umweltschäden tätig werden solle oder wann ein Vorgehen Sache der Mitgliedstaaten bleiben könne.

Auch wenn Abläufe im Gesetzgebungsverfahren kaum das Interesse einer breiten Öffentlichkeit finden werden – weder national noch europäisch –, so sollten die interessierten Bürger doch die Möglichkeit haben, europäische Rechtsetzungsverfahren leichter nachvollziehen zu können. Dazu schlägt die Reflektionsgruppe eine Reduzierung der gegenwärtig über 20 verschiedenen Varianten auf drei Grundverfahren vor: die unverbindliche Anhörung der Europaabgeordneten durch den Rat, die Zustimmung des Parlaments vor allem bei außenpolitischen Verträgen und als Normalfall bei der Gesetzgebung sowie die weitgehend gleichberechtigte Mitentscheidung beim Ministerrat. Das erst durch den Vertrag von Maastricht geschaffene

3 Vgl. „Ökologisch und sozial erweitern“, Strategiepapier zur Osterweiterung der EU, Diskussionspapier frt AG 4 der Grünen im Europäischen Parlament, Dezember 1995.

Mitentscheidungsverfahren sollte in wesentlich mehr Bereichen Anwendung finden als bisher und zugleich vereinfacht werden. Außerdem müßten die nationalen Parlamente stärker in die Beschlußfassungsverfahren der Union wie in die parlamentarische Kontrolle der EU-Politik eingebunden werden.

Diese Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente käme dem Bestreben nach einer stärkeren Demokratisierung der EU ebenso entgegen wie die Modifizierung der Beschlußfassung des Ministerrats durch Mehrheitsbeschlüsse. Eine derartige Stärkung der demokratischen Legitimation verlangte auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Maastrichter Vertrag bei künftigen Integrationsschritten.

Die mit der Ausweitung der Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat verbundene Verbesserung der Handlungsfähigkeit wird nach Meinung der Reflektionsgruppe zugleich wesentlich dazu beitragen, daß die Politik der Union einen größeren Rückhalt in der Bevölkerung findet. Einige Mitgliedstaaten halten eine solche Reform allerdings nur dann für möglich, wenn zugleich die demokratische Legitimität durch eine Neugewichtung der Stimmenverhältnisse im Rat unter angemessener Berücksichtigung der Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten vorgenommen wird.

Ein äußerst schwer zu lösendes Problem bleibt die Führung der Union im Innern und ihre Repräsentation nach außen. Bei dem gegenwärtigen halb-jährig wechselnden Vorsitz kann jedes Land nur alle siebeneinhalb Jahre für sechs Monate die EU-Präsidentschaft übernehmen. Bei einer erneuten Erweiterung würde sich der Zeitraum zwischen zwei Präsidentschaften desselben Landes noch weiter vergrößern. Die Reflektionsgruppe schlägt deshalb Überlegungen vor, die diese Form der Rotation mit Möglichkeiten einer kontinuierlichen Führung und Repräsentation nach innen wie nach außen verbinden soll. In den noch inoffiziellen Überlegungen spielen dabei ein von der Gesamtbevölkerung der Mitgliedsländer der EU zu wählender Präsident ebenso eine Rolle wie ein von Frankreich und Belgien favorisierter „Monsieur“, der die Union zumindest nach außen gemeinsam repräsentieren soll.

Große Probleme stellt weiterhin die notwendige Reform der Zusammensetzung der Führungsspitze der Europäischen Kommission in Brüssel dar. Dieses ursprünglich für eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedstaaten konzipierte Kollegialgremium ist inzwischen zu einem Mammutgre-

mium geworden, weil die kleineren Länder einen, die großen Mitgliedstaaten zwei Politiker in die Kommission entsenden. Das ursprünglich neunköpfige Gremium ist inzwischen auf zwanzig Mitglieder angewachsen und hat sowohl die Grenzen seiner Arbeitsfähigkeit wie die des inneren Zusammenhalts erreicht, wie das Auftreten einzelner Kommissionsmitglieder in jüngster Vergangenheit – insbesondere das der dänischen Kommissarin mit der Veröffentlichung interner Vorgänge – beweist.

Zur Wiedergewinnung einer größeren Kollegialität schlägt die Reflektionsgruppe deshalb eine Verringerung der Zahl von Kommissionsmitgliedern und zugleich eine Erhöhung ihrer Unabhängigkeit vor. Zur Erreichung dieses Ziels sollten die Mitglieder stärker auf der Grundlage ihrer Qualifikation und ihres Eintretens für die allgemeinen Interessen der Europäischen Union ausgewählt werden. An den Grundaufgaben der Kommission – dem Eintreten für das gemeinsame europäische Interesse, dem Monopol für Gesetzgebungsinitiativen und der Hütung des Gemeinschaftsrechts – soll sich grundsätzlich nichts ändern. Eine Diskriminierung einzelner Länder oder Kandidaten soll – bei der Option zur Verringerung der Kommissionsmitglieder – dadurch ausgeschlossen werden, daß die Mitglieder vom Kommissionspräsidenten nach Maßgabe ihrer eigenen Verdienste aus einem Verzeichnis von drei Bewerbern ausgewählt werden sollten, welches jeder der Mitgliedstaaten vorlegt. Dieses System würde sicherstellen, daß sich das Kollegium, das insgesamt vom Europäischen Parlament bestätigt werden muß, aus besonders qualifizierten Persönlichkeiten zusammensetzt.

---

## II. Die Wirtschafts- und Währungsunion

---

Nicht weniger einschneidende Auswirkungen als die Regierungskonferenz wird die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Integration der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben. Die Festlegung des konkreten Zeitplans in Madrid sowie des Namens *Euro* für die Währungseinheit haben das Projekt trotz vielfältiger nationaler Widerstände nach Aussage der Regierungschefs unwiderruflich auf den Weg gebracht. Bis Ende 1996 sollen alle rechtlichen, organisatorischen und logistischen Voraussetzungen zur Einführung der einheitlichen Währung vorbereitet

sein; im Frühjahr 1998 wird über den Kreis der Teilnehmerstaaten, die die strengen Konvergenzkriterien erfüllen, entschieden werden. Endpunkt dieser Entwicklung wird der 1. Juli des Jahres 2002 sein, wenn in den an der Währungsunion teilnehmenden Staaten die bisherigen nationalen Banknoten und Münzen ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel verloren haben.

Spätestens mit diesem Datum ist dann in der Europäischen Union das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Integrationsstufen konkrete und auch gewollte Wirklichkeit geworden: Ein Kreis von Mitgliedstaaten, die dazu bereit und in der Lage sind, verwirklichen eine in den Verträgen angelegte Option zur vertieften Integration, die auch von den übrigen Mitgliedsländern später noch – sofern sie dafür die Voraussetzungen erfüllen – wahrgenommen werden kann. Dieses Prinzip, das möglicherweise auch bei der gemeinsamen Außenpolitik und insbesondere beim Aufbau gemeinsamer Sicherheitsstrukturen Anwendung finden soll, gilt aber nur für neue Politikbereiche. Keinesfalls kann es rückwirkend angewandt werden, indem sich einzelne Mitgliedstaaten aus der vertraglich eingegangenen Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Politik in einzelnen Sektoren – wie möglicherweise der Sozialpolitik oder der Umweltpolitik – wieder ausklinken. Diese Absage an ein Europa *à la carte* könnte aber immer wieder, wie im Fall der Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch Frankreich, Realität werden, wenn Politikbereiche – wie das Schengener Abkommen – auf der Ebene der schwachen Regierungszusammenarbeit geregelt und nicht in das Gemeinschaftsrecht übernommen werden.

---

### III. Die Erweiterung der Europäischen Union

---

Auch bei den Verhandlungen mit den potentiellen neuen Mitgliedstaaten kann es zum Ende des Jahrzehnts nicht darum gehen, welche der Politikbereiche der Union sie übernehmen. Grundsätzlich müssen sie – wie auch Schweden, Finnland und Österreich bei ihrem Beitritt 1995 – den vertraglichen Besitzstand der Union ohne Einschränkung akzeptieren. Verhandelt werden kann allenfalls über den Umfang und die Dauer von Übergangsregelungen, um den Beitrittsprozeß im Interesse beider Seiten so unkompliziert wie möglich zu

machen. Im übrigen aber ist bei der kommenden Erweiterungsrunde die Klärung außerordentlich tiefgreifender Probleme erforderlich.

Waren die letzten drei Neumitglieder sowohl von ihrer demokratischen Tradition als auch ihrer Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft ohne jegliche Probleme in die Union zu integrieren, so ist die Aufnahme Polens, der Tschechischen Republik, Ungarns und Sloweniens politisch eine Notwendigkeit, die jedoch mit enormen wirtschaftlichen, finanz- und strukturpolitischen Konsequenzen verbunden ist. Gleiche Zusagen gibt es auch für Rumänien und Bulgarien, denen die Beitrittsperspektive in den Europaverträgen offiziell zugesichert worden ist. Eine solche Zusage erhielt zwar auch die Slowakei, doch ihre innenpolitische Entwicklung könnte sie schnell aus dem Kreis der unmittelbaren Beitrittskandidaten ausschließen. Nicht weniger konkret sind die Zusagen auf Eröffnung der Beitrittsverhandlungen nach Abschluß der Regierungskonferenz auch an Malta und Zypern, wobei die Regierung in Nikosia allerdings noch einige Vorleistungen zur Lösung des Zypernproblems zu erbringen hat, bevor sich die Union diesen Dauerkonflikt mit der Türkei freiwillig ins Haus holt. Mit diesen Ländern, zu denen auch noch die baltischen Staaten gerechnet werden müssen und, nach einer endgültigen Befriedung der Situation auf dem Balkan, auch hier noch das eine oder andere Land, würde sich die Zahl der Mitgliedstaaten der Union fast schlagartig verdoppeln.

#### Finanzierungsprobleme der Landwirtschaft

Was gesamtpolitisch und unter dem gesamteuropäischen Sicherheitsaspekt gewollt ist und sinnvoll erscheint, würde die Union in der gemeinsamen Agrarpolitik, in der Strukturpolitik und bei den Kohäsionsfonds vor fast unlösbare Probleme stellen. Da die mittel- und osteuropäischen Staaten nur ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent – gemessen am Durchschnitt der 15 EU-Staaten – aufweisen und damit zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft gehören würden, zählten sie nicht nur zu den Ziel-1-Regionen in der Strukturfondsförderung, sondern wären auch Kohäsionsfondsempfänger. Dadurch entstünde ein jährlicher Bedarf allein für die vier Visegrádstaaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn von jährlich 20,5 Milliarden ECU. Das entspräche einem Viertel des EU-Haushalts. Die Erweiterung der Union läßt im Bereich der Landwirtschaft einen weiteren Mehrbedarf in der gleichen Größenordnung erwarten. Da auch die übrigen

Beitrittskandidaten Ost- und Mitteleuropas potentiell Agrarüberschußländer sind – insbesondere in den klassischen Interventionsbereichen Getreide, Fleisch und Milch –, würden sich die finanziellen Probleme vervielfachen, was zwangsläufig zu einer inflationsartigen Ausweitung des EU-Haushaltes und damit der Finanzbeiträge der bisherigen Mitgliedstaaten führen würde. Selbst aus bisherigen Nettoempfängern wie Irland, Portugal und Griechenland würden über Nacht Nettozahler, was wohl hier zu größten Spannungen führen würde.

Selbst in den vorsichtigeren Berechnungen der Kommission, die Agrarkommissar Franz Fischler im November dem Rat zuleitete, muß die Europäische Union mit Zusatzausgaben bei der Agrarpolitik in Höhe von zehn Milliarden ECU jährlich rechnen. Auch aus einem anderen Blickwinkel wird die gewaltige Dimension des Problems deutlich: Mit der Osterweiterung um zehn Länder würde die EU-Bevölkerung um rund 105 Millionen Menschen oder um etwa 29 Prozent zunehmen. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen würde sich aber auf rund 13,2 Millionen Beschäftigte verdoppeln. Wenn also die Binnenmarktintegration dieser zehn Länder – wie auf dem Gipfel im Dezember 1994 beschlossen – vollständig sein, gleichzeitig aber das Finanzgefüge der Europäischen Union nicht zusammenbrechen soll, bleibt der Union nichts anderes übrig, als sich im Agrarsektor dem Preisniveau des Ostens und damit demjenigen des Weltmarktes anzupassen.

Als Ausweg hat die Kommission drei alternative Szenarien aufgezeigt: zum einen eine Radikalkur mit einer sofortigen Anpassung der europäischen Preise an das Weltmarktniveau und folglich mit einem Verzicht auf mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen. Als zweiter Vorschlag wird eine Verstärkung des Drucks zum Abbau der geltenden Präferenzen – also eine längerfristige Angleichung an das Weltmarktniveau – ins Spiel gebracht; drittens die Fortschreibung des bisher beschrittenen Reformweges in der Agrarpolitik. Dieser auch von Fischler empfohlene Weg scheint politisch am einfachsten durchzusetzen zu sein, beinhaltet aber die Gefahr erheblicher sozialpolitischer Ausgleichszahlungen durch die Mitgliedstaaten und somit ebenfalls erhebliche finanzielle Aufwendungen. Fischlers Bericht weist darauf hin, daß eine Reform auch ohne die neuen Beitritte unumgänglich würde, und versucht damit, die Erweiterungsdiskussion zu entschärfen.

Die Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft sowie die nächste Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation mit ihren Debatten über umweltgerechte und umwelterhaltende Landwirtschaftsproduktion erfordern weitere Reformschritte. Doch selbst wenn die teurere Alternative gewählt würde – den Haushaltspolitikern in der Union wäre jede Entwicklung, die eine Abkehr vom bisherigen Subventionsvolumen bedeutete, willkommen. Die Agrarausgaben, die vor wenigen Jahren sogar über 70 Prozent des Gesamthaushalts der EU verschlangen, betragen auch 1996 noch fast 50 Prozent. Sie auf ein Niveau zu senken, bei dem nur noch die elementaren Aufgaben des Binnenmarktes zu finanzieren wären, würde Mittel für andere, zukunftsichernde Aufgaben der EU-Politik freimachen.

Eine andere Rechnung machen allerdings die Grünen auf. In einem vom deutschen Europaabgeordneten Friedrich Wilhelm Gräfe zu Barringdorf im Dezember 1995 vorgestellten Strategiepapier zur Osterweiterung wird eine Regionalisierung der Agrarmärkte vorgeschlagen. Danach darf der Weltmarkt nicht das Maß aller Dinge bei der Integration der osteuropäischen Länder in die EU sein. Anstatt bäuerliche Einzelbetriebe zu fördern, bevorzuge die Europäische Kommission in Brüssel nach wie vor eine agrarindustrielle Produktion. Doch was die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft fördern sollte, werde nicht nur die Umwelt zerstören, sondern bedrohe auch die Arbeitsplätze und damit die gesamte landwirtschaftliche Infrastruktur. Es sei zu befürchten, daß der derzeitige Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten weiterhin stark zurückgehe, vor allem in Osteuropa. Die Kosten für die Arbeitslosigkeit würden dann den beitragswilligen Reformstaaten aufgebürdet. Statt dessen – so die Grünen – sollten die bisherigen Subventionsgelder, die hauptsächlich den Großbetrieben zugute kommen, gekürzt werden, um die Agrarpolitik darauf auszurichten, daß sich die europäischen Verbraucher mehr auf den heimischen Märkten und nicht auf dem Weltmarkt versorgen. Vor allem müßten subventionierte Exporte aus der Landwirtschaft des Westens nach Zentral- und Osteuropa unterbunden werden, da dies die dortigen Märkte ruiniere. Obwohl in dem Strategiepapier, das offensichtlich auch einigen Anklang in der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments findet, die finanziellen Auswirkungen einer solchen Regionalisierung der Agrarpolitik untersucht werden, lassen sich auch hier die finanziellen Konsequenzen in Verbindung mit den Strukturfördermaßnahmen und die Kompatibilität

mit den Welthandelsvorschriften zunächst noch schwer abschätzen.

### Ungeklärte Finanzplanung

Wie immer die Reformschritte im Bereich der Struktur- und der Agrarpolitik auch aussehen werden, sie müssen in ihren Konturen innerhalb der nächsten drei Jahre beschlossen werden. Das entspricht dem Zeitraum, in dem auch die neuen EU-Verträge ratifiziert sein müßten. Andernfalls würde es schwierig, die Finanzplanung über den Fünfjahreszeitraum bis zum Jahre 2005 festzulegen, denn diese Vorausschau muß alle Konsequenzen einer Erweiterung bereits beinhalten. Eile ist auch geboten, um die Unsicherheit zu beseitigen, mit der – je nach Standpunkt – Politik betrieben wird und Ängste geweckt werden. So warnte Kommissionspräsident Santer vor den falschen Zahlen, die bewußt oder unbewußt in Umlauf gesetzt würden und die mit der Wirklichkeit wenig zu tun hätten<sup>4</sup>. Es würden daraus vorilige Schlüsse gezogen, die in den Beitrittsländern falsche Erwartungen weckten und innerhalb der Union zu Mißverständnissen über die künftige Finanzierbarkeit der Politik führen könnten. Mit einfachen Hochrechnungen bestimmter Beträge für den Nettotransfer bei unveränderten Spielregeln sei es nicht getan.

### Festlegung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur

Bis 1994 waren mit Ausnahme Irlands alle EU-Staaten auch Mitglied im Nordatlantischen Bündnis. Mit der Erweiterungsrunde 1995 kamen dann drei neutrale Staaten hinzu, die den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik langfristig kaum erleichtern dürften. Andererseits steht für die mittel- und osteuropäischen Staaten, die im Rahmen der nächsten Erweiterung Mitglied werden möchten, der Sicherheitsaspekt im Vordergrund. Sie alle möchten auch Mitglied der Nato werden – ein Wunsch, der allerdings von Moskau als Bedrohung der eigenen Sicherheit bezeichnet wird. So sehr eine möglichst große Kongruenz zwischen EU- und Nato-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer begünstigen würde, so plausibel ist das alternative Modell der Aufwertung der Westeuropäischen Union (WEU) zu einer eigenständigen europäischen Verteidigungs-

identität. Es wäre eine Alternative mit einer freiwilligen Teilnahme an militärischen Strukturen, die der jeweils unterschiedlichen außenpolitischen Ausrichtung und dem individuellen Sicherheitsbedürfnis gerecht werden könnte. In diesem Bereich scheint sich daher das von der Reflektionsgruppe diskutierte Modell einer europäischen Außen- und Sicherheitsstruktur durchzusetzen, an der jeder EU-Staat mit gemeinsamen Aktionen teilnehmen kann, aber nicht dazu verpflichtet werden darf. Andererseits darf auch kein Mitglied die übrigen Staaten bei derartigen Aktionen behindern. Auch hier zeichnet sich ganz deutlich eine Entwicklung hin zu einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder der variablen Geometrie ab.

### Institutionelles Gefüge

Das ursprünglich für sechs Mitgliedstaaten entwickelte institutionelle Konzept der damaligen EWG stellte ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen kleinen und größeren Staaten dar, wobei die kleineren einen leichten Bonus und Luxemburg sogar einen größeren hinsichtlich seiner Repräsentation hatte. Dieses Gleichgewicht ließ sich auch bei den späteren Erweiterungen noch weitgehend aufrechterhalten, da mit Großbritannien ein weiteres großes Land und mit Spanien ein mittelgroßes Land neben mehreren kleineren hinzukam. Die sich nun abzeichnende Erweiterung auf maximal 30 Staaten bringt fast ausschließlich kleinere Länder in die Europäische Union. Lediglich Polen und Rumänien könnten zu den mittelgroßen gerechnet werden.

Für die Konstruktion des Ratsvorsitzes als auch hinsichtlich der Stimmgewichtung im *Ministerrat* müßten ganz neue Berechnungen erfolgen. Schon bei der Erweiterung um Finnland, Schweden und Österreich wurde eine erste Konsequenz gezogen, indem von dem Prinzip der alphabetisch erfolgenden Rotation beim Ratsvorsitz abgewichen wurde. Es wurde nun ein Rhythmus festgelegt, der für die nächsten Jahre sicherstellt, daß immer ein großes Land in der aus dem Vorsitzland sowie seinem Vorgänger und Nachfolger bestehenden Troika vertreten ist – mit der Konsequenz, daß beispielsweise Deutschland häufiger den Ratsvorsitz übernimmt als Griechenland oder Portugal. Auch bei der Stimmengewichtung im Rat wird in Zukunft eine Konstruktion gefunden werden müssen, die keine Koalition aus Kleinstaaten zuläßt, die die sogenannten Großmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien dominieren könnte.

4 Vgl. Jacques Santer, Langfristige Beitrittsstrategie entwickeln, in: EU-Nachrichten, Nr. 46 vom 17. November 1995.

Probleme entstehen auch für das *Europäische Parlament*, das durch die letzte Erweiterung bereits auf 626 Abgeordnete angewachsen ist. Die Staats- und Regierungschefs haben 1992 auf dem Gipfel in Edinburgh auf Vorschlag des Europäischen Parlaments festgelegt, daß die Zahl von 700 Abgeordneten künftig nicht überschritten werden soll, um die Arbeitsfähigkeit der Versammlung nicht zu gefährden. Das bedeutet aber bei einer weiteren Zunahme der Länder eine Verringerung der nationalen Kontingente. Was soll unter diesem Aspekt beispielsweise mit Luxemburg geschehen, das bisher schon mit sechs Abgeordneten weitaus überproportional im Parlament vertreten ist? Eine weitere Verringe-

rung der Zahl, die im Interesse einer ausgeglichenen demokratischen Repräsentation notwendig wäre, ließe aber kaum noch eine pluralistische Vertretung der verschiedenen Parteiströmungen in Luxemburg zu. Bei den großen Ländern würde das Verhältnis von Gewählten zu den Wählern sich der Grenze von eins zu einer Million annähern. Kann bei diesem Verhältnis noch von einer Identifikation der Wähler mit ihren Abgeordneten gesprochen werden? Wie ist Bürgernähe auch in einem Großeuropa noch zu erreichen? Die Beantwortung dieser und vieler anderer Fragen – die hier z. T. nur kurz skizziert werden konnten – auf der bevorstehenden Regierungskonferenz wird nicht einfach sein.

## Österreich: EU-Mitgliedschaft als Katalysator

Das politische System Österreichs ist in einem dramatischen Wandel begriffen, der den Abstand zwischen Österreich und den anderen westeuropäischen politischen Systemen rasch verringert. Österreichs politische Kultur – viele Jahrzehnte nach 1945 durch besondere Merkmale charakterisiert – unterliegt einem Veränderungsprozeß, der Österreich immer ähnlicher den politischen Kulturen Westeuropas macht<sup>1</sup>. Die wichtigsten Indikatoren dieser Veränderung sind:

- Rückgang der Parteienstaatlichkeit, ausgedrückt im Rückgang der überdurchschnittlichen Rekrutierungsfunktion der traditionellen Großparteien und deren Mobilisierungsfähigkeit von Wählern und Mitgliedern.
- Rückgang der Verbändestaatlichkeit, ausgedrückt im Rückgang der Kompetenz des spezifisch österreichischen Neokorporatismus („Sozialpartnerschaft“) und der Legitimität des spezifisch österreichischen Verbändetypus der Kammern.

Im Hintergrund dieser Veränderung ist ein gesellschaftlicher Wandel auszumachen, der die traditionell für Österreich bestimmenden Konfliktlinien („cleavages“) an Bedeutung verlieren und andere Konfliktlinien an Bedeutung gewinnen läßt: Die Konfliktlinien „Klasse“, „Religion“ und „Nation“ sind, als bewußtseinsprägende und politisch konstitutive Faktoren, deutlich rückläufig; andere Konfliktlinien – „Ökologie“, „Geschlecht“, „Erziehung“, „Generation“ – gewinnen an politischer Prägnanz.

### I. Wahlverhalten als Folge gesellschaftlichen Wandels

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), nach ihrem historischen Selbstverständnis die Partei der Arbeiterbewegung, hat – als Arbeiterpartei – seit 1986 wachsend Konkurrenz durch

die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bekommen. Diese wiederum hat das historische deutsch-nationale Lagerdenken – teilweise auch in Richtung bewußt katholischer Wähler – überschritten und macht so auch der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) Konkurrenz, der historischen Repräsentantin des christlich-konservativen Lagers und des politischen Katholizismus<sup>2</sup>.

Die drei traditionellen Parteien haben somit zueinander, bezogen auf ihr Elektorat, eine tendenziell abnehmende Trennschärfe – eine Entwicklung, die in den letzten Jahren vor allem zugunsten der FPÖ gegangen ist. Das Wahlergebnis vom 17. Dezember 1995 hat freilich gezeigt, daß dieser Trend revidierbar ist. Allerdings ist das wiederum bessere Abschneiden von SPÖ und ÖVP nicht mit der Wiederherstellung der früheren Hyperstabilität gleichzusetzen: 1995 haben 20 Prozent der Wähler für eine andere Partei gestimmt als noch 1994<sup>3</sup> (vgl. Tab. 1).

Gegenüber den beiden neuen Parteien, den Grünen (vormals: Grün-Alternative Liste) und dem Liberalen Forum, unterscheiden sich SPÖ und ÖVP vor allem durch den Faktor Generation: Je jünger die Wähler sind, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie grün oder liberal wählen. Gegenüber der FPÖ wiederum unterscheiden sich Grüne und Liberale durch den Faktor Bildung sowie durch den Faktor Geschlecht: Freiheitliche Wähler sind signifikant weniger mit universitärer Bildung ausgestattet; überdies wird die FPÖ auffallend stärker von Männern als von Frauen gewählt<sup>4</sup> (vgl. Tab. 2).

Eine vergleichende Untersuchung des Wahlverhaltens zeigt, daß die traditionellen „cleavages“ Klasse und Religion zwar noch immer eine gesellschaftliche Trennschärfe aufweisen, daß diese Trennschärfe aber mehr für das Verhältnis zwi-

1 Vgl. Anton Pelinka, Die Entaustriifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945–1995, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1995) 1.

2 Vgl. Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954; Kurt Steiner, Politics in Austria, Boston 1972; John W. Boyer, Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897–1918, Chicago 1995.

3 Vgl. Fritz Plasser u. a., Analyse der Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995, (Zentrum für angewandte Politikforschung) Wien 1995, S. 24.

4 Vgl. ebd., S. 41.

**Tabelle 1: Wahlergebnisse der Nationalratswahlen**

<i>1. Republik</i>	<i>Soz.</i>	<i>Chr.</i>	<i>Dtn.</i>	<i>LB</i>	<i>HB</i>	<i>NSDAP</i>	
1919	40,8	35,9	18,4	–	–	–	
1920	35,9	42,3	16,7	–	–	–	
1923	39,6	45,0	12,6	–	–	–	
1927	42,3	48,4	–	6,3	–	–	
1930	41,1	35,7	11,6	–	6,2	3,0	
<i>2. Republik</i>	<i>ÖVP</i>	<i>SPÖ</i>	<i>FPÖ<sup>1</sup></i>	<i>KPÖ</i>	<i>ALÖ</i>	<i>VGÖ</i>	<i>LF</i>
1945	49,8	44,6	–	5,4	–	–	–
1949	44,0	38,7	11,7	5,1	–	–	–
1953	41,3	42,1	11,0	5,3	–	–	–
1956	46,0	43,0	6,5	4,4	–	–	–
1959	44,2	44,8	7,7	3,3	–	–	–
1962	45,4	44,0	7,1	3,0	–	–	–
1966	48,3	42,6	5,4	– <sup>2</sup>	–	–	–
1970	44,7	48,4	5,5	1,0	–	–	–
1971	43,1	50,0	5,5	1,4	–	–	–
1975	43,0	50,4	5,4	1,2	–	–	–
1979	41,9	51,0	6,1	1,0	–	–	–
1983	43,2	47,6	5,0	0,7	1,4	2,0	–
1986	41,3	43,1	9,7	0,7	4,8 <sup>3</sup>		–
1990	32,1	42,8	16,6	0,5	4,8 <sup>4</sup>	2,0	–
1994	27,67	34,92	22,5	0,26	7,31 <sup>5</sup>	0,12	5,97
1995 <sup>6</sup>	28,29	38,06	21,89	0,28	4,81	–	5,51

Soz. = Sozialdemokratie, Chr. = Christlichsoziale, Dtn. = Deutschnationale Parteien, LB = Landbund. Von den beiden deutschnationalen Parteien kandidierte 1927 die Großdeutsche Volkspartei gemeinsam mit den Christlichsozialen, der Landbund hingegen unabhängig; HB = Heimatbund, ÖVP = Österreichische Volkspartei, SPÖ = Sozialdemokratische Partei Österreichs, FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs, KPÖ = Kommunistische Partei Österreichs, ALÖ = Alternative Liste Österreichs, VGÖ = Vereinte Grüne Österreichs, LF = Liberales Forum.

1 1949 und 1953 kandidierte die Vorgängerorganisation der FPÖ, die Wahlpartei der Unabhängigen (WdU).

2 Die KPÖ kandidierte nicht bundesweit.

3 1983 kandidierten ALÖ und VGÖ getrennt; 1986 gemeinsam unter dem Namen „Die Grüne Alternative“.

4 Die VGÖ hatte sich von der „Grünen Alternative“ wiederum abgespalten. Die 1990 als „Grüne Alternative“ kandidierende Liste, die in den Nationalrat einzog, ist somit nicht mehr als Bündnis von ALÖ und VGÖ zu sehen. 1993 nahm diese Liste offiziell den Namen „Die Grünen“ an.

5 Offizielle Liste „Die Grünen“.

6 Vorläufiges Endergebnis, Stand 27. 12. 1995

schen SPÖ und ÖVP, aber kaum noch für das Verhältnis dieser beiden gegenüber der FPÖ gilt: Die Neigung konfessionell oder gewerkschaftlich gebundener Wähler, FPÖ zu wählen, ist nicht mehr viel geringer, als dem Wähleranteil der FPÖ vom 17. Dezember 1995 entspricht (22 Prozent)<sup>5</sup> (vgl. Tab. 3).

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 43.

## II. Der Beitritt Österreichs zur EU

Der Beitritt Österreichs zur EU hat diese Entwicklung keineswegs verursacht. Die Merkmale des Wandels lassen sich bis in die frühen achtziger Jahre zurückverfolgen, als die Haltung Österreichs zur (damals) EG noch durch eine Neutralitätspoli-

**Tabelle 2: Strukturprofile der Parteiwählerschaft 1995 (in Prozent)**

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LF
Männer	45	46	62	39	41
Frauen	55	54	38	61	59
18–29jährige	18	15	31	52	39
30–44jährige	27	25	31	34	28
45–59jährige	23	27	20	11	21
60–69jährige	15	17	9	2	9
70jährige und älter	16	15	10	1	4
Selbständige, freie Berufe	2	6	6	7	4
Landwirte	1	10	3	1	1
Beamte	9	5	5	9	8
Angestellte	18	21	22	33	34
Arbeiter	24	10	35	17	15
Hausfrauen	12	13	6	6	8
Pensionisten	31	30	19	3	13
Pflichtschulbildung	29	24	20	12	5
Fachschulbildung	47	41	58	30	33
Maturanten/Akademiker	24	35	22	58	62

Quelle: FESSEL + GfK, Exit Poll (1995).

**Tabelle 3: Wahlverhalten stark konfessionell gebundener Wähler (I) und Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern (II), 1990–1991 (in Prozent)**

I					
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LF
1990	22	60	10	5	–
1994	20	59	14	5	1
1995	20	59	12	2	2
II					
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LF
1990	62	19	11	4	–
1994	50	19	19	7	5
1995	55	16	18	3	4

Quelle: FESSEL + GfK, Exit Polls (1990–1995).

tisch motivierte Ablehnung einer Mitgliedschaft bei gleichzeitig wirtschaftspolitisch motivierter Bereitschaft zu möglichst enger Kooperation im Rahmen des 1972 geschlossenen Freihandelsabkommens gekennzeichnet war. Österreichs Politik gegenüber der EG bis 1985 war vom Interesse an einer möglichst engen Partizipation an der europäischen Integration geprägt – bis knapp an eine „Voll“-Mitgliedschaft heran<sup>6</sup>.

6 Vgl. Heinrich Schneider, Alleingang nach Brüssel. Österreichs EG-Politik, Bonn 1990; Christian Schaller, Die innenpolitische EG-Diskussion in den 80er Jahren, in: Anton Pelinka u. a., *Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung*, Wien 1994.

Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994, die der österreichischen Bundesregierung mit einer Mehrheit von 66 Prozent die rechtliche und politische Legitimation für den Beitritt Österreichs zur EU verschaffte<sup>7</sup>, war nur auf den ersten Blick ein einfacher Erfolg der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP (und des Liberalen Forums, das die Pro-EU-Politik der Regierung unterstützte) gegen die Anti-EU-Politik der FPÖ und der Grünen. Die Wählerstromanalyse des Abstimmungsverhaltens zeigt, daß die Parteiloyalitäten allein das Ergebnis

7 Vgl. Anton Pelinka (Hrsg.), *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich*, Wien 1994.

überhaupt nicht erklären können. Starke Minderheiten der SPÖ- und vor allem der ÖVP-Sympathisanten stimmten gegen die Linie ihrer jeweiligen Partei, während eine auffallend starke Mehrheit der Grünen gegen die an der Spitze ihrer Partei dominierende Position mit „Ja“ stimmte<sup>8</sup>.

Die politische Einstellung zur EU folgte somit auch sehr stark dem Gegensatz zwischen „Modernisierungsverlierern“ und „Modernisierungsgewinnern“. Daß eine deutliche Mehrheit der vor allem durch höhere Bildung charakterisierten Grün-Sympathisanten mit „Ja“ stimmte, unterstreicht nur den Gegensatz zwischen Grünen (und Liberalen) auf der einen Seite, Freiheitlichen auf der anderen Seite. Die Verbindung der Analyse des Ergebnisses vom 12. Juni 1994 mit dem Trend des Wahlverhaltens weist die FPÖ als die Partei der nicht mehr durch Lagermentalität geprägten „Modernisierungsverlierer“ aus<sup>9</sup>.

Daß die hohe Zustimmung zum Beitritt zur EU im Laufe des Jahres 1995 einer kritischen Ernüchterung Platz gemacht hat, darf eigentlich nicht überraschen. Vergleichende Analysen der Einstellung zur EU- bzw. EWR-Mitgliedschaft in Europa zeigen generell Schwankungen<sup>10</sup>. Im Wahlkampf 1995 jedenfalls hat die EU-Mitgliedschaft keine signifikante Rolle gespielt – auch die FPÖ konzentrierte sich in ihrem Wahlkampf nicht auf die EU-Mitgliedschaft. Diese war kein Wahlkampfthema.

Doch Österreichs EU-Beitritt, dessen *außenpolitische* Dimension durch den Rückgang und schließlich das Ende des Ost-West-Konfliktes, dessen *wirtschaftspolitische* Dimension von der ökonomischen Vertiefung in Richtung Binnenmarkt und dessen *innenpolitische* Dimension vom Generationenwandel in den politischen Eliten der traditionellen Großparteien bestimmt wurde<sup>11</sup>, war und ist Teil des Wandlungsprozesses<sup>12</sup>. Er drückt das Ende einer bestimmten Phase der Entwicklung des politischen Systems und der politischen Kultur aus – und beschleunigt deren Weiterentwicklung. In direkter Form kommt diese beschleunigende

Funktion der EU-Mitgliedschaft am stärksten im Bedeutungsverlust der österreichischen Sozialpartnerschaft und in der Unklarheit über die Zukunft der österreichischen Neutralität zum Ausdruck.

---

### III. Wandel der Sozialpartnerschaft

---

Das systematische Zusammenspiel zwischen Staat (vertreten durch die Bundesregierung), Arbeitgebern (vertreten durch die Wirtschaftskammer Österreich und durch die Vereinigung Österreichischer Industrieller) und Arbeitnehmern (vertreten durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund und die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte), also die Sozialpartnerschaft, war ein besonderes Merkmal der politischen Kultur der 1945 gegründeten Zweiten Republik. Nach allen internationalen Vergleichsstudien sicherte die Sozialpartnerschaft Österreich den ersten Platz in der Rangordnung des europäischen Korporatismus: In keinem anderen Land Westeuropas war die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital so weit entwickelt und so bestimmend wie in Österreich<sup>13</sup>.

Die Sozialpartnerschaft begann schon in den achtziger Jahren – unabhängig von Österreichs Annäherung an die EG – an Bedeutung einzubüßen<sup>14</sup>. Der Hauptgrund dafür war die Zunahme marktwirtschaftlicher Elemente in Österreich, bewirkt durch den Rückgang der verstaatlichten Industrie und eine allgemeine Orientierung an Westeuropa sowie den dort herrschenden gesellschaftspolitischen Entwicklungslinien. Die Sozialpartner hatten im Vorfeld von Österreichs EU-Beitritt sich entschieden für diesen Schritt ausgesprochen – trotz der Erkenntnis, daß dadurch das Gewicht der Sozialpartnerschaft weiter zurückgehen müßte<sup>15</sup>.

Die Sozialpartnerschaft beginnt also auch unabhängig von dieser europäischen Dimension, an Boden zu verlieren. Eine österreichische Besonderheit, die mit für das Gewicht der Sozialpartnerschaft verantwortlich war und ist, ist das umfassende Kammersystem: Mit Ausnahme der öffentlich Bediensteten sind alle Berufsgruppen

8 Vgl. Erich Neuwirth, Wählerstromanalyse für die EU-Volksabstimmung, in: A. Pelinka (Hrsg.), ebd., S. 152.

9 Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram, Wandel der politischen Konfliktdynamik. Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, in: Wolfgang C. Müller u. a. (Hrsg.), Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994, Wien 1995.

10 Vgl. Holger Rust (Hrsg.), Europa-Kampagnen. Dynamik öffentlicher Meinungsbildung in Dänemark, Frankreich und der Schweiz, Wien 1993.

11 Vgl. Chr. Schaller (Anm. 6).

12 Vgl. Peter Gerlich/Heinrich Neisser (Hrsg.), Europa als Herausforderung. Wandlungsimpulse für das politische System Österreichs, Wien 1994.

13 Vgl. Gerhard Lehmbuch, Introduction: Neo-Corporatism in Comparative Perspective, in: Gerhard Lehmbuch/Philippe Schmitter (Hrsg.), Patterns of Corporatist Policy-Making, London 1982.

14 Vgl. Emmerich Talos (Hrsg.), Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien 1993.

15 Vgl. Ferdinand Karhofer, Sozialpartnerschaft und EU, in: A. Pelinka (Hrsg.) (Anm. 7).

kraft Gesetzes in Kammern zusammengeschlossen, von denen die drei mit Abstand größten in der Sozialpartnerschaft eine wichtige Rolle besitzen: die Kammern für Arbeiter und Angestellte (bundesweit zusammengeschlossen in der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte), die Kammern der gewerblichen Wirtschaft (oder Handelskammern – zusammengeschlossen in der Wirtschaftskammer Österreich) und die Landwirtschaftskammern (bundesweit: Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern).

Gegen die gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft (Pflicht- oder „Zwangsmitgliedschaft“) richtet sich zunehmend Kritik, die das wachsende individualistische Verständnis eines Teiles der österreichischen Bevölkerung ausdrückt: Eine Mitgliedschaft in einem Verband, die automatisch an eine berufliche Tätigkeit geknüpft ist, wird von vielen als Teil eines „Zwangssystems“ gesehen – und nicht als eine Voraussetzung für ein nach wie vor positiv bewertetes System sozialpartnerschaftlicher Kooperation<sup>16</sup>.

Die 1995 und 1996 vorgesehenen „Mitgliederbefragungen“ sollen nun Aufschluß über die Legitimationsgrundlage des Kammersystems geben. Angesichts des auch und gerade bei Kammerwahlen (insbesondere bei den Wahlen für die Kammern für Arbeiter und Angestellte) zu beobachtenden Rückgangs der Wahlbeteiligung (und daher auch der Beteiligung an der Befragung) läßt selbst der insgesamt vermutlich positive Ausgang der Mitgliederbefragung kein Ende der Legitimationsprobleme der Kammern und der Sozialpartnerschaft erwarten.

---

#### IV. Wandel der Neutralität

---

Die 1955 vom österreichischen Nationalrat in Form eines Bundes-Verfassungsgesetzes erklärte immerwährende Neutralität war Jahrzehnte hindurch die Grundlage des außenpolitischen Selbstverständnisses Österreichs: Auf der einen Seite verstand sich Österreich als westliche Demokratie mit engen Bindungen an westliche Integrationsbemühungen – ausgedrückt in der schon 1956 (vor der Schweiz) erworbenen Mitgliedschaft im Europarat, in der (Gründungs-)Mitgliedschaft in der EFTA und in der OECD-Mitgliedschaft. Auf der anderen Seite wurde die Neutralität nicht nur als

Freiheit von militärischen Allianzen interpretiert, sondern auch als Begründung für die Nicht-Teilnahme an dem von den Römischen Verträgen initiierten europäischen Integrationsprozeß. Die Intensität der Integration der EG und deren enge faktische Verflechtung mit der NATO waren bis etwa Mitte der achtziger Jahre die Gründe, warum Österreich aus neutralitätspolitischen (nicht: neutralitätsrechtlichen) Gründen der EG zwar möglichst nahekommen, ihr aber nicht beitreten wollte<sup>17</sup>.

Als Österreich im Juli 1989 den Beitritt zur EG beantragte, existierten noch der Warschauer Pakt und die UdSSR. Österreich verband daher auch den Antrag mit einer Klausel, die Österreichs Verpflichtungen aus seiner Neutralität ausdrücklich festhielt. Als dann Österreich jedoch am 1. 1. 1995 Mitglied der EU wurde, war von einem solchen Vorbehalt keine Rede mehr – im Gegenteil, Österreich erklärte sich mit den Bestimmungen von Maastricht ausdrücklich einverstanden, die als ein Ziel der Union die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) festhielten. Und Österreich erhielt auch – folgerichtig – den Status eines Beobachters in der WEU; einen Status, den es mit Irland, Schweden und Finnland teilt, den anderen allianzfreien EU-Mitgliedern.

Die Frage der Vereinbarkeit von EU-Mitgliedschaft und Neutralität hat sich somit erheblich verschoben. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die österreichische Neutralität ihr wichtigstes internationales Bezugssystem verloren. Der Beobachter-Status in der WEU kann als eine Art Wartezimmer bezeichnet werden – ähnlich wie die „Partnerschaft für den Frieden“ der NATO, der Österreich 1995 auch beitrug. Solange die GASP allerdings keine deutlichen und verbindlichen Strukturen annimmt, wird Österreich sich weiterhin zu seiner Neutralität bekennen können – auch wenn unklar ist, was dies außer einer Nicht-Mitgliedschaft in der NATO international bedeuten soll<sup>18</sup>.

Es bleibt freilich eine innenpolitische Dimension der Neutralität, die – ähnlich wie die allgemeine Zustimmung zur Sozialpartnerschaft – mehr eine allgemeine Befindlichkeit und weniger eine klar umrissene Position ausdrückt. „Neutralität“ ist als

---

17 Vgl. Paul Luif, *Neutrale in die EG? Die westeuropäische Integration und die neutralen Staaten*, Wien 1988.

18 Vgl. Hanspeter Neuhold, *Internationaler Strukturwandel und staatliche Außenpolitik. Das österreichische Außenministerium vor neuen Herausforderungen*, Wien 1993.

16 Vgl. Peter Pernthaler u. a., *Kammern und Pflichtmitgliedschaft in Österreich*, Wien 1994.

generelle Formel nach wie vor populär in Österreich<sup>19</sup>. Diese Formel steht für den insgesamt als Erfolg bewerteten Kurs der Zweiten Republik – für einen friedlichen Weg politischer Stabilisierung und wirtschaftlichen Wachstums, ohne Belastung durch internationale Konflikte.

Die Entwicklung eines europäischen Sicherheitssystems, in dem die GASP der EU eine wesentliche Rolle spielt, würde dieser generellen Formel freilich die Grundlage entziehen. Wenn das Wartezimmer einer bloßen Beobachterfunktion in der WEU ebenso geschlossen wird wie die Konstruktion der „Partnerschaft für den Frieden“ mit der NATO, wird für Österreich – ebenso wie für Irland, Schweden und Finnland – eine Entscheidungssituation entstehen; bei der freilich, genau genommen, nichts mehr zu entscheiden sein wird: Denn die Weichen in Richtung auf eine volle Teilnahme Österreichs an einem von der EU wesentlich getragenen europäischen Sicherheitssystem sind durch den Beitritt zur EU gestellt. Ob die innenpolitische Befindlichkeit, die der Neutralität nach wie vor einen positiven Stellenwert gibt, dann noch eine Rolle spielen kann, darf bezweifelt werden.

## V. Wandel der Identität?

Die politische Kultur der Zweiten Republik war (ist?) durch die Merkmale einer Konkordanzdemokratie gekennzeichnet<sup>20</sup>. Diese Tradition der wechselseitigen Machtbeteiligungsgarantie des sozialistischen und des christlich-konservativen Lagers hat auch zur Entwicklung eines österreichischen Nationalbewußtseins beigetragen, das sich weder am alten, am Habsburgischen Österreich orientiert, noch an einer spezifisch „deutschen“ Rolle des Landes<sup>21</sup>. Mit dieser Entwicklung einer besonderen, auf die kleine Republik bezogenen Identität ist eine Abgrenzung gegenüber dem

historischen Deutschnationalismus österreichischer Prägung ursächlich verbunden<sup>22</sup>.

Die politische Kultur der Konkordanzdemokratie, deren sichtbarster Ausdruck die Sozialpartnerschaft ist, wurde – historisch erklärbar – von jenem politisch-weltanschaulichen Lager demonstrativ abgelehnt, das die Konkordanzdemokratie auch nicht ursprünglich miteinschloß; eben vom deutschnationalen Lager, dessen politischer Arm die FPÖ war und – allen Wandlungen zum Trotz – weiterhin ist. Die Verbindung von konkordanzdemokratischer Kultur, österreichischem Nationalbewußtsein und außenpolitischer Orientierung an der Neutralität begründete die ursprüngliche Haltung der FPÖ, die 1955 (noch als Verband der Unabhängigen, VDU, der Vorläuferpartei der FPÖ) im Nationalrat gegen das Neutralitätsgesetz gestimmt hatte und bald nach Unterzeichnung der Römischen Verträge einen Beitritt Österreichs zur EWG befürwortete<sup>23</sup>.

Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 war diese Frontstellung vollkommen umgekehrt: SPÖ und ÖVP vertraten eine eindeutige EU-Orientierung, die FPÖ wurde zur wichtigsten Stimme der Ablehnung eines österreichischen Beitritts. Damit ist auch der historische Zusammenhang zwischen österreichischer Identität und Europa-Orientierung umgestülpt: Die Kräfte, die stellvertretend für die Entwicklung einer spezifischen österreichischen Identität nach 1945 stehen, sehen nun zwischen dieser Identität und einer (west)europäischen Integration des Landes keinen Widerspruch; und der österreichische Deutschnationalismus – jedenfalls dessen politischer Arm – hat sich zum Sprachrohr der EU-Skepsis gemacht.

Im Hintergrund dieser Entwicklung steht die Beziehung zwischen Österreich und Deutschland – eine Beziehung, die in vielem dem Muster einer „ungleichen Partnerschaft“ entspricht<sup>24</sup>. In dieser Beziehung kann die Neigung des „Großen“ zu einem Mangel an Sensibilität, die Neigung des „Kleinen“ zu einem Übermaß an Sensibilität dia-

19 Vgl. Hanspeter Neuhold, Die dauernde Neutralität Österreichs in einem sich wandelnden internationalen System, in: ders./Paul Luif (Hrsg.), Das außenpolitische Bewußtsein der Österreicher. Aktuelle internationale Probleme im Spiegel der Meinungsforschung, Wien 1992.

20 Vgl. Gerhard Lehmbuch, Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen 1967; Arend Lijphart, Democracy in Plural Societies, New Haven 1977.

21 Vgl. William T. Bluhm, Building an Austrian Nation. The Political Integration of a Western State, New Haven 1973; Ernst Bruckmüller, Österreichbewußtsein im Wandel, Wien 1994.

22 Vgl. Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen, Wien 1984; Albert F. Reiterer (Hrsg.), Nation und nationales Bewußtsein in Österreich, Wien 1988; Anton Pelinka, Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa, Wien 1990.

23 Vgl. P. Luif (Anm. 17), S. 103.

24 Vgl. Hans von Riekhoff/Hanspeter Neuhold (Hrsg.), Unequal Partners. A Comparative Analysis of Relations between Austria and the Federal Republic of Germany and between Canada and the United States, Boulder 1993.

gnostiziert werden<sup>25</sup>. Das wohl besonders Paradoxe an diesem komplexen Beziehungsgeflecht ist aber, daß bei einem Vergleich der politischen Systeme Deutschlands und Österreichs kein Faktor einen signifikanteren Unterschied bedeutet als die FPÖ und damit die aktuelle Version des österreichischen Deutschnationalismus.

Während die allgemeine Entwicklung des österreichischen politischen Systems vom generellen Trend der „Verwestlichung“ gekennzeichnet ist, ist keine andere Partei, keine andere politische Tradition in Österreich so spezifisch österreichisch wie der österreichische Deutschnationalismus: Die SPÖ ist in vielem eine europäische Durchschnittswerte aufweisende Sozialdemokratie; die ÖVP gleicht ebenso anderen Parteien der christlich-demokratisch-konservativen Parteienfamilie Europas. Die österreichischen Grünen wie die österreichischen Liberalen haben in anderen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland, Schwesterparteien. Die FPÖ jedoch, gerade wegen ihrer auch rechtsextremen Erscheinungsformen<sup>26</sup>, ist in Europa isoliert – ihre Abgeordneten sind im Europäischen Parlament ohne Fraktionszugehörigkeit. Die Partei, die sich programmatisch als einzige österreichische Partei zu einer besonderen deut-

25 Vgl. Oliver Rathkolb u. a. (Hrsg.), Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis, Salzburg 1990; Gabriele Holzer, Verfreundete Nachbarn. Österreich – Deutschland. Ein Verhältnis, Wien 1995.

26 Vgl. Hans-Henning Schärsach, Haiders Kampf, Wien 1992; ders., Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht, Wien 1995; Brigitte Bailer-Galanda, Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik, Wien 1995.

schen Identität Österreichs bekennt, ist somit diejenige, die gegenüber Deutschland (wie gegenüber Europa überhaupt) am stärksten isoliert ist.

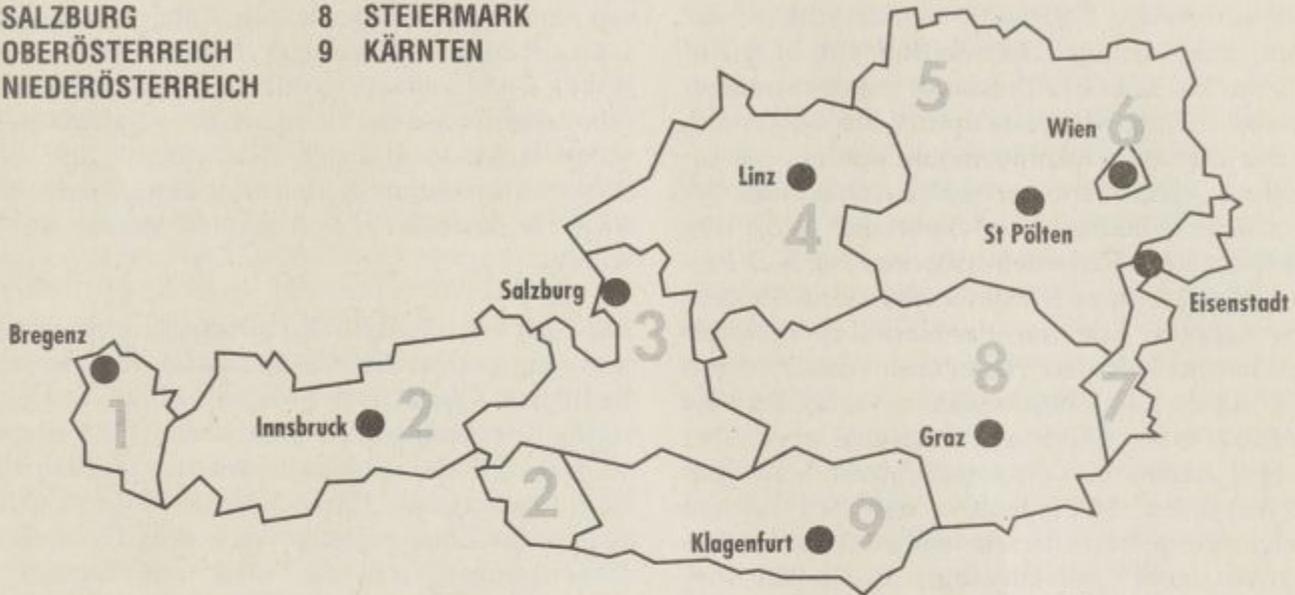
Die Zweite Republik Österreich ist als Parteienstaat gegründet worden. Die Rolle, die den Parteien – d. h. der Sozialdemokratie und der Volkspartei – zugekommen ist, war im Vergleich europäischer Demokratien einmalig. Diese Parteienstaatlichkeit hat sich, schon am Beginn der Zweiten Republik, in der Verbändestaatlichkeit (d. h. in der Sozialpartnerschaft) eine zweite, ebenso wichtige Ergänzung geschaffen.

Die Hauptaufgabe der ausgeprägten Parteien- und Verbändestaatlichkeit war die Stabilisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Daß dies geglückt ist, steht außer Zweifel. Deshalb sind die extrem ausgeprägte Parteienstaatlichkeit und die ebenso ungewöhnlich ausgeprägte Verbändestaatlichkeit gleichsam überflüssig geworden. Sie können auf ein in westlichen Demokratien durchschnittliches Maß zurückgeführt werden.

Dieser Prozeß ist in Gang gesetzt – schon vor Österreichs EU-Beitritt. Dieser Prozeß kann nun, im Rahmen der Gemeinschaft westeuropäischer Demokratien, weitergeführt werden. Dieser Prozeß ist jedoch nicht ohne Risiko – das Protestpotential, für das die FPÖ steht, ist dafür ein Beleg. Doch dieser Prozeß ist Ausdruck einer Normalisierung des politischen Systems und der politischen Kultur in Österreich. Deshalb sind seine Chancen wohl mindestens ebenso groß wie seine Risiken.

# Österreich

- |   |                  |   |            |
|---|------------------|---|------------|
| 1 | VORARLBERG       | 6 | WIEN       |
| 2 | TIROL            | 7 | BURGENLAND |
| 3 | SALZBURG         | 8 | STEIERMARK |
| 4 | OBERÖSTERREICH   | 9 | KÄRNTEN    |
| 5 | NIEDERÖSTERREICH |   |            |



## Österreich in Zahlen

Hauptstadt:	Wien
Einwohner:	8 Millionen
Fläche:	84 000 km <sup>2</sup>
Einwohner je km <sup>2</sup> :	94
Regionen:	9 Bundesländer
Sprachen:	Deutsch, Slowenisch und Kroatisch
Währung:	Schilling (ÖS) – (1 ECU: 14 Schilling)
Bruttoinlandsprod.:	155,5 Milliarden ECU
BIP pro Kopf:	19 453 ECU
Arbeitslosigkeit:	4,6 Prozent

## Konvergenzkriterien (1994/Breuss/OECD)

Inflationsrate:	2,9 Prozent
Neuverschuldung:	4,2 Prozent des BIP
Staatsschuld (insg.):	58 Prozent des BIP
Langfristige Zinsen:	7,3 Prozent

## EU-Referendum am 12. Juni 1994

Ja-Stimmen	66,5 Prozent
Nein-Stimmen	33,6 Prozent
Wahlbeteiligung:	81,3 Prozent

## Stimmen oder Sitze in den EU-Institutionen

Stimmen im Ministerrat:	4
Sitze im Europäischen Parlament:	21
Sitze im Ausschuß der Regionen:	12
Sitze Wirtschafts- und Sozialausschuß:	12

Quelle: EU-Informationen Nr. 1/Januar 1995

## Schweden und die Europäische Union

Seit dem 1. Januar 1995 ist Schweden Mitglied der Europäischen Union. Der Antrag auf Mitgliedschaft war am 1. Juli 1991 gestellt worden. In einer Volksabstimmung über den Beitritt auf der Grundlage der zwischen Schweden und der EU ausgehandelten Vereinbarungen hatte schließlich das schwedische Volk am 13. November 1994 das letzte Wort. Die Schweden stimmten mit 52,3 Prozent zugunsten einer Mitgliedschaft; 46,8 Prozent waren dagegen. Das war ein klares, aber keineswegs überwältigendes Ergebnis. Heute, nach einem Jahr als Unionsmitglied, scheinen die Schweden eine negativere Haltung gegenüber „Europa“ und der Union einzunehmen. Umfragen vom November 1995 ergaben, daß 60,5 Prozent der Schweden bei einer erneuten Volksabstimmung mit „nein“ gestimmt hätten; nur 26,9 Prozent hätten sich diesmal für „ja“ entschieden. Vergleichbare Zahlen für das norwegische Volk, das 1994 die Mitgliedschaft erneut abgelehnt hatte, deuten darauf hin, daß die Norweger heute sogar noch etwas pro-europäischer sind als die Schweden: 58 Prozent wären bei einer erneuten Abstimmung gegen einen Beitritt, 29 Prozent dafür. Wie kann man diese Entwicklung erklären? Was erwarteten die Schweden zwischen 1991 und 1994 – und was sind ihre Erwartungen und Ziele heute?

---

### I. Die lange Vorgeschichte der schwedischen EU-Mitgliedschaft

---

Der schwedische Antrag auf Mitgliedschaft im Jahr 1991 und die im Parlament getroffene Entscheidung vom Herbst 1990, diesen Antrag überhaupt zu stellen, bedeuteten eine völlige Umkehr von wenigstens 30 Jahren offizieller Politik. Diese Politik wurde stark mit der Partei identifiziert, die die schwedische Politik in der Zeit nach 1945 beherrscht hatte: der Sozialdemokratischen Partei. Aus einer umfassenderen historischen Perspektive war Schweden seit dem Wiener Kongreß von 1815 immer eher ein Land außerhalb Europas als ein europäisches Land, denn damals wurden die letz-

ten kontinentalen Besitzungen abgetreten (Pommern, Rügen und Wismar). Dieser Abschied von seiner kontinentalen Rolle mündete zugleich in eine lange Phase des Friedens, der relativen politischen Isolation und der „Neutralität“, die angesichts europäischer Krisen und bewaffneter Konflikte wiederholt als nationales Prinzip erklärt wurde.

Die Schweden hatten also mit dieser einzigartigen und ungebrochenen Friedenserfahrung außerordentliches Glück. Der Frieden ermöglichte einen stetigen, evolutionären Prozeß der Industrialisierung und Modernisierung sowie den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates. Diese besondere Entwicklung schloß das Land zugleich von einem Großteil der Überlegungen aus, die über ein Europa als „Gemeinschaft“ angestellt wurden – etwas, das über ein bloßes System souveräner Staaten hinausgehen sollte. Die Gestalt Europas war in der Gedankenwelt der Schweden in gewisser Weise noch immer von der Ordnung nach dem Westfälischen Frieden von 1648 bestimmt, an der Gustav Adolf und die Schweden maßgeblich beteiligt gewesen waren. Im Jahr 1945, als die Diskussionen über eine Nachkriegsordnung für Europa einsetzen, traten die Schweden lediglich für einen Kontinent des freien Handels ein. Der Europarat sollte eine grundsätzlich „kulturelle“ und „humanitäre“ Einrichtung mit begrenztem Handlungsspielraum werden. Die Visionen von Monnet, Schuman und Hallstein trafen auf wenig Verständnis, wenn es darum ging, daß diese Visionen auch Schweden und die nordischen Länder einschließen und so über die Beilegung der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ hinausgehen könnten.

Da sie auf ein Europa des Freihandels ausgerichtet waren, ein Europa der souveränen Staaten, waren die Schweden wenig geneigt, die Römischen Verträge für ihre Zukunft in Betracht zu ziehen. Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) dagegen schien zumindest für bestimmte Politikbereiche wie den Marktzugang und den wirtschaftlichen Austausch eine angemessene Lösung zu sein. Zur gleichen Zeit verfolgten die nordischen Länder ihre eigene Vision einer „Europäischen Integration“ im Rahmen des 1952 geschaffenen Nordischen Rates (Finnland schloß sich den Gründer-

---

*Übersetzung aus dem Englischen von Martina Boden, Winsen/Aller.*

staaten Dänemark, Island, Norwegen und Schweden im Jahr 1955 an). Diese Form der „alltäglichen“ Integration beinhaltete Austausch und Zusammenarbeit im kulturellen Bereich, aber auch lange vor „Schengen“ die Abschaffung von Paßkontrollen, die Ermöglichung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes sowie vergleichbare soziale Leistungen.

Das war keine „hohe“ Politik. Das Thema „Sicherheit“ konnte vom Nordischen Rat angesichts der unterschiedlichen politischen Zielrichtungen der nordischen Staaten nicht behandelt werden – Dänemark, Island und Norwegen waren Mitglieder der NATO, Schweden war neutral und Finnland hatte eine besondere Beziehung zur Sowjetunion durch den bilateralen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Der Nordische Rat war und bleibt eine Form der praktischen Zusammenarbeit, die unspektakuläre, aber greifbare Vorteile für die nordischen Bürger bringt. Die schwedische (und nordische) Erfahrung begünstigte daher ein Denken, das kleine Schritte und praktische Maßnahmen statt großartiger Entwürfe bevorzugt.

Im Jahre 1961 griff der damalige Ministerpräsident Tage Erlander in die erste schwedische Debatte über die Beziehungen zur Europäischen (Wirtschafts-) Gemeinschaft ein. Erlander schuf damals den Grundsatz, an dem sich die schwedische Haltung bis zum Ende des Kalten Krieges orientieren sollte: Schwedens „Neutralität“ schloß die Mitgliedschaft in der EWG aus. Das gleiche galt auch für das Streben, die völlige Kontrolle über die schwedische Gesellschaft, das Sozialstaatsystem, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und dergleichen mehr zu behalten: das „Souveränitäts“-Argument in der innerschwedischen Debatte. Schließlich konnte Schweden laut Erlander ebenso gut „ohne Europa“ auskommen.

Als die zweite, größere Debatte etwa zehn Jahre später einsetzte, war die politische Führung (wenn auch nicht die große Masse) im Hinblick auf die Fähigkeit Schwedens, die Dinge allein, ohne Europa, zu bewältigen, etwas bescheidener geworden. Ministerpräsident Olof Palme erklärte nunmehr ausdrücklich, eine enge Beziehung zu den Staaten der EG sei für Schweden unbedingt notwendig. Für ihn selbst stand dabei wohl eine Mitgliedschaft Schwedens an vorderster Stelle der Überlegungen. Die Pläne der EG für eine verstärkte außenpolitische Zusammenarbeit sowie eine Währungsunion wie auch die Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei

machten solche engen Beziehungen zu dieser Zeit allerdings unmöglich. Statt dessen schloß sich Schweden am 1. Januar 1973 einem Freihandelsabkommen mit der Gemeinschaft an. Dänemark dagegen brach aus der Reihe der nordischen Staaten aus und wurde Mitglied.

In den achtziger Jahren setzte eine neue Debatte ein. Die Wiederbelebung der Gemeinschaft zwischen dem Luxemburger Treffen von EG und EFTA im Jahr 1984 und dem Abschluß des Maastricht-Vertrages im Dezember 1991 hatte zu einer Veränderung Europas beigetragen. Zugleich begannen sich die großen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa auszuwirken. Dieser zweifache Wandlungsprozeß erforderte auch in Schweden ein „neues Denken“. Im Jahr 1987 erklärte die sozialdemokratische schwedische Regierung ihre Absicht, die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft zu erweitern und so weit zu vertiefen, wie dies mit der schwedischen Neutralität vereinbar sei. 1989 war schließlich klar, daß dies eine Beteiligung am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bedeuten würde. Die im Jahr 1990 eingeleiteten Verhandlungen wurden jedoch von der beschleunigten Entwicklung der Ereignisse überholt.

Die volle Mitgliedschaft wurde zu einem Thema der Parteipolitik, wobei eine nichtsozialistische Opposition sich vehement für einen Beitritt aussprach – auch ein Ergebnis der veränderten Lage in Europa. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 muß hier als ein Ereignis von enormer Bedeutung angesehen werden, das die Wirkung der Befreiung der ehemaligen osteuropäischen Staaten im Jahr 1989 verstärkte. Europa veränderte sich – und das mit Zustimmung der Sowjetunion. Umfragen unter den Schweden belegten einen raschen Stimmungsumschwung zugunsten einer vollen schwedischen EG-Mitgliedschaft. Die Schweden schienen nun europäisch gesinnt, und im Sommer und Frühherbst 1990 wandte sich die Regierung von der seit 1961 verfolgten Politik ab. Mit überwältigender Mehrheit beschloß das Parlament schließlich am 2. Dezember 1990, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EG zu stellen.

Diese Entscheidung und der Antrag vom 1. Juli 1991 müssen als Revolution verstanden werden, die sich im Rahmen der größeren europäischen Revolution von 1989/90 abspielte. Es besteht kein Zweifel, daß eine Welle des Euro-Enthusiasmus die Schweden aus ihrer „splendid isolation“ herausholte. Daneben kamen jedoch auch einige nüchterne wirtschaftliche Überlegungen zum Tragen, ausgelöst etwa durch die akute Wirtschafts-

krise vom Herbst 1990, die Schwedens Abhängigkeit vom Handel und von den engen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft deutlich machte – ein Umstand, auf den Olof Palme schon 1970 hingewiesen hatte.

---

## II. Vom Euro-Enthusiasmus zurück zur Euro-Skepsis

---

Der Höhepunkt des öffentlichen Enthusiasmus war möglicherweise schon im Verlauf des Jahres 1991 erreicht. Umfragen, die nur sechs Monate nach Maastricht gemacht wurden, zeigten einen klaren Trend zur Ablehnung einer schwedischen Mitgliedschaft, während gleichzeitig die Verhandlungen über diese Mitgliedschaft voranschritten. Die Ursachen dafür lagen zum Teil zweifellos bei der Gemeinschaft und ihren Mitgliedern selbst. Man fragte sich: „Wissen die Europäer denn selbst nicht, was sie wollen?“ Die Zeit zwischen dem Antrag im Juli 1991 und der Volksabstimmung im November 1994 bezeichnet den Rückzug von den Hoffnungen des Jahres 1990 auf eine sehr viel zwiespältigere Sicht der Vorteile einer Unionsmitgliedschaft. Eine weitere Ursache für die zunehmende Skepsis könnte in der sich vertiefenden Wirtschaftskrise gelegen haben, vor der die nicht-sozialistische Regierung Schwedens nach den Wahlen von 1991 stand. Harte Maßnahmen wurden ergriffen, vermutlich um Schweden „eurokompatibel“ zu machen. Das war jedoch kaum der rechte Weg, Zustimmung zur Union in jenen Kreisen der Wählerschaft zu wecken, die sich in der Hoffnung auf bessere Zeiten dem Lager der Befürworter angeschlossen hatten. Vor allem war klar, daß die Masse der Sozialdemokratischen Partei noch immer nicht überzeugt war – wodurch die Partei der Schlüssel zu einem letztendlichen Beitritt Schwedens zur Union blieb.

Die Wahlen vom September 1994 brachten die Sozialdemokraten wieder an die Macht. Der neue Ministerpräsident Ingvar Carlsson, der die Änderung der Politik 1990 herbeigeführt hatte, warf sich jetzt in die Schlacht um die Volksabstimmung, die zwei Monate nach den Parlamentswahlen stattfand. Die Kampagne, die erst nach der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten einsetzte, war höchstwahrscheinlich entscheidend für den Ausgang des Referendums. Die EU-Gegner hatten bis nahezu eine Woche vor dem Referendum die Oberhand, und ein letzter Aufruf des Ministerpräsidenten an seine Wähler, ihm in der

Sache der EU-Mitgliedschaft zu vertrauen, könnte die Frage letztendlich entschieden haben. Am 1. Januar 1995 trat Schweden also der Europäischen Union bei.

Die Volksabstimmung bedeutete jedoch nicht das Ende der Beitritts-Geschichte. Die gut organisierte Anti-EU-Bewegung stellte ihre Arbeit nicht ein. Am 17. September 1995 fanden in Schweden die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Das Ergebnis entsprach nicht dem, was die Regierung Carlsson oder sonst jemand erwartet hatte. Nur knapp 41 Prozent der Stimmberechtigten hatten sich an der Wahl beteiligt – für Schweden eine außergewöhnlich geringe Zahl. Unter den Mitgliedstaaten insgesamt wies Schweden damit eine der schwächsten Beteiligungen auf. Das Ergebnis kam einem donnernden Protest gegen das Establishment gleich, das Schweden weniger als ein Jahr zuvor in die Union gebracht hatte. Der Unterschied zwischen den nationalen Wahlen 1994 und den EU-Wahlen war hinsichtlich des Ergebnisses und der Beteiligung augenfällig.

Die Parteien, die beim Referendum gegen eine EU-Mitgliedschaft gewesen waren – die Grünen und die Linken (ehemalige Kommunisten) – konnten Gewinne verbuchen, wobei die Grünen die eigentlichen Gewinner der EU-Wahlen waren, errangen sie doch nicht nur eine höhere Prozentzahl, sondern verdoppelten noch ihre Anhängerschaft im Vergleich zu 1994. Die „Moderaten“ (ehemals Rechte) – Befürworter der EU – hielten ihre Position ebenso wie die Europa ambivalent gegenüberstehende Zentrumspartei; nicht so die Liberalen, die in Schweden am beständigsten für Europa eingetreten waren. Für die Sozialdemokraten waren die Wahlen zum Europaparlament eine völlige Katastrophe. Sie konnten nur noch ein Drittel der Wählerschaft hinter sich versammeln, die sie bei den nationalen Parlamentswahlen im Vorjahr unterstützt hatte.

Analytiker beschrieben die schwedischen Europawahlen als Mißtrauensvotum, als Protest. Der Schock für das politische Establishment war beträchtlich – und die Sprecher der Nein-Sager des Referendums sahen in dem Ergebnis einen späten Sieg, der Schweden aufforderte, die Union zu verlassen. Es handelte sich zweifellos um einen Protest, der allerdings die Frage aufwarf, was sich denn innerhalb eines Jahres so sehr verändert hatte, daß die aus standhaften Skandinaviern bestehende Wählerschaft so flatterhaft geworden war – ein Urteil, das gewöhnlich eher die südlicheren Bürger Europas trifft. Die schwedischen Reaktionen müssen jedoch vor dem Hintergrund natio-

naler historischer Erfahrungen wie auch der Erwartungen an die Mitgliedschaft gesehen werden. Welche Erklärung es auch für den Einbruch bei der Beteiligung an den Europawahlen geben mag, es drängte sich der Eindruck auf, daß eine beträchtliche Zahl der schwedischen Wähler, die sich von sozialdemokratischen Appellen an Loyalität und Vertrauen hatten überzeugen lassen, nicht länger bereit war mitzuziehen.

---

### III. Die Krise des schwedischen Wohlfahrtsstaates

---

Schwedens Status als Nachzügler in Europa ließ die Reaktionen der Schweden dramatischer ausfallen als die durchschnittliche Euro-Skepsis unter den Unionsmitgliedern. Es steckt jedoch noch ein größeres Problem dahinter, das Schweden sicherlich mit den europäischen Partnern teilt, bei dem es aber wiederum einen Extremfall darstellt: die Zukunft des Wohlfahrtsstaates oder die Krise des Sozialstaates. Unglücklicherweise kollidieren die Herausforderungen der Union mit jenen des Wohlfahrtsstaates, der nicht länger in dem Ausmaß wie in den sechziger und siebziger Jahren finanziert werden kann. Dieses Problem kann bzw. wird demnächst alle Unionsmitglieder ebenso wie andere westliche Staaten treffen. Die Diskussion in Deutschland über die Rettung des Sozialstaates – und nicht mehr dessen Ausbau – sind ein unübersehbares Zeichen dafür.

Die Krise kam nicht plötzlich, die Ursprünge liegen im Falle Schwedens wahrscheinlich einige Jahrzehnte zurück. Daß eine Krise bevorstand, kündigte sich bereits in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit dem Ölpreisschock an. In Schweden dauerte es weitere zwei Jahrzehnte, bis die Krise in der Regierungszeit von Carl Bildt (1991–1994) akut wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden die ersten Maßnahmen eingeleitet, um den Wohlfahrtsstaat „abzuspecken“. Es gab Einschnitte im Gesundheitswesen, und der Ruf nach „Privatisierung“ – d. h. stärkerer Eigenverantwortung der Bürger – wurde laut, was speziell den Staatshaushalt für Gesundheit, Wohlfahrt und Arbeitslosenvorsorge betraf. Die Regierung Bildt deutete auch an, daß Veränderungen im schwedischen System erforderlich wären, um das Land an EU-Normen anzupassen, wenn die Mitgliedschaft vollzogen würde. Weder dieses Argument noch die Einschnitte selbst erwärmten die schwedische Öffentlichkeit für die Idee eines Abbaus der sozia-

len Sicherung und die Privatisierung dieser Bereiche durch neue Versicherungsformen.

Die Sozialdemokratische Partei hatte ihren Wahlkampf 1994 auf der Grundlage eines Programms zur Bewahrung der alten Ordnung und des Wohlfahrtsstaates geführt. Einmal an der Macht, hatte die Regierung Carlsson dann jedoch bald vor der Notwendigkeit gestanden, sich aus den Regierungsverpflichtungen für Gesundheitsprogramme, Höhe der Renten und Kindergeld zurückzuziehen. Es wurden 1994/95 Schritte unternommen, die zwar keineswegs drastisch zu nennen waren, die jedoch einen regelrechten Aufschrei in der gesamten Wählerschaft und insbesondere unter den Anhängern der Sozialdemokraten hervorriefen. Parallel dazu hatte die finnische Regierung mit ihrem Sparprogramm sehr viel tiefere Einschnitte in die Sozialleistungen vorgenommen, obwohl deren Niveau in Finnland insgesamt um einiges niedriger lag als in Schweden. Das Krisenbewußtsein in Schweden erwies sich als sehr gering – es war, als sei das Land völlig von dem Problem überrascht worden.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei tat sich eine Kluft zwischen den „Reformern“ und den „Traditionalisten“ auf. Die ersteren sprachen von Eigenverantwortung, „egenmakt“, und machten eine Tugend daraus, unter dem Leitbild der individuellen Verantwortung neu über den unausweichlichen Rückzug aus einem überzogenen Wohlfahrtsstaat nachzudenken. Die Traditionalisten auf der anderen Seite sahen keinen Grund für einen Rückzug. Wohlstand würde in Zukunft wie schon in der Vergangenheit durch expansive Staatshaushalte und öffentliche Investitionen geschaffen. Die „angebliche“ Verschuldung und die laufenden Defizite wären reine Einbildung und könnten bewältigt werden, sobald öffentliche Programme höhere Beschäftigungsniveaus und Wachstum hervorgebracht hätten.

Diese Debatte der Jahre 1994/95, die bei den Traditionalisten das Gefühl hervorrief, die Regierung Carlsson „verrate“ ihre sozialdemokratischen Wurzeln, hatte es in den achtziger Jahren schon einmal in der Partei gegeben. 1995 steckte die Regierung (und die Sozialdemokratische Partei) jedoch in tieferen Schwierigkeiten, und das nicht nur, weil sie gezwungen worden war, auf höchst unpopuläre Einschnitte im Sozialsystem zurückzugreifen. In der Debatte vor dem Referendum war die Union als Wohlfahrtsprojekt eines ihrer zentralen Argumente zugunsten einer EU-Mitgliedschaft gewesen. Ein Beitritt hätte also den Weg für die Verwirklichung der großen Vision einer euro-

päischen Wohlfahrtsgemeinschaft bereiten sollen. Dieses Konzept bildet den Kern der späteren schwedischen Vorschläge für eine „Beschäftigungs-Union“, die für die Vorbereitungen zur Regierungskonferenz 1996 erarbeitet wurden.

Es bedeutete anscheinend wenig im Hinblick auf die zunehmende Euro-Skepsis, daß der tatsächliche Anstieg der Lebensmittelpreise zwischen Oktober 1994 und Oktober 1995 bei nur rund einem Prozent gelegen hat, und daß die Arbeitslosigkeit (offene und versteckte) relativ stabil bei zwölf Prozent lag. Wichtig ist dagegen, daß diese Dinge sich trotz der ambitionierten Regierungserklärungen und -programme nicht verbessert haben. Arbeitslosigkeit ist für die Sozialdemokraten ein sehr delikates Problem, sehen sie sich doch als Partei der Vollbeschäftigung. Regierungsprogramme hatten allerdings auch bisher schon wenig Einfluß auf die tatsächliche Entwicklung gehabt, und der schreckliche Verdacht drängt sich auf, daß nicht einmal bessere Zeiten und eine schwedische Exportindustrie auf vollen Touren die Situation wirklich verändern könnten. Hohe Arbeitslosenzahlen – Raten, wie sie Schweden seit den dreißiger Jahren nicht gekannt hat – könnten ein dauerhaftes Merkmal des fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaates sein. Der symbolische Effekt einer solchen „Wahrheit“ würde nicht nur die Sozialdemokratische Partei erschüttern, sondern auch die Glaubwürdigkeit des „schwedischen Modells“.

Die Erfahrungen anderer Länder sind dabei kaum ermutigend. Mitte der achtziger Jahre versuchten die Dänen, ihren Regierungshaushalt neu zu strukturieren. Sie waren erfolgreich und sicherten ein langfristiges Wirtschaftswachstum – die Arbeitslosenrate blieb dennoch unverändert bei rund zehn Prozent. Die Zahlen der Europäischen Union legen nun nahe, daß zehn bis zwölf Prozent ein erschreckender, aber offenbar normaler Durchschnitt sind – selbst in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums. Chaotische Bedingungen kennzeichneten die französische Politik und die Straßen von Paris Ende 1995 aufgrund der gleichen Schwierigkeiten. Eine Reihe von Leistungen war durch eine Regierung bedroht, die entschlossen war, „schlank“ zu werden und Haushaltsdisziplin durchzusetzen. Der Rest der Union fürchtet natürlich den Moment, da die Probleme des nicht mehr finanzierbaren Sozialstaates die „Lokomotive Europas“, nämlich Deutschland, treffen. Die Frage für Frankreich, Schweden, Deutschland und die anderen liegt nicht darin, ob der Sozialstaat bleibt. Die Frage lautet, in welcher Form er bleibt, und ob ein Rückzug von überzogenen Verpflichtungen über soziale Verträge oder über sozialen

Kampf führt. Ein europäisches Sozialstaatskonzept stand im Mittelpunkt der schwedischen sozialdemokratischen Europa-Vision des Jahres 1991 ebenso wie 1994 und 1995 – es wird eine *Conditio sine qua non* für die schwedische Mitgliedschaft bleiben.

---

#### IV. Schwedische Erwartungen an die Union vor der Mitgliedschaft

---

Die Debatten der Jahre 1990/1991 über den schwedischen EU-Beitritt konzentrierten sich eindeutig auf die Probleme des Wirtschaftswachstums und des freien Zugangs zu den internationalen Märkten. Die Wirtschaft, d. h. die Integration in der EU auch als eine Form der Verteidigung gegen jene globalen Finanzmärkte, die jetzt eine kleine Staatswirtschaft bedrohen, war das Hauptargument zugunsten der Union. Ein zweites Thema, das für eine Mitgliedschaft sprach, war „Frieden“ – die Union als langfristiges europäisches Friedensprojekt, das seinen Mitgliedern Sicherheit und Europa Stabilität bringt. Das Thema „Frieden und Sicherheit“ war jedoch von geringerer Bedeutung als „Wirtschaft, Wachstum, Wohlfahrt und Beschäftigung“. Argumente gegen die Mitgliedschaft konzentrierten sich eher auf Begriffe wie „Neutralität“ und „Souveränität“. Beides war angeblich durch die Union bedroht; daneben standen bei den Gegenargumenten auch Probleme im Zusammenhang mit den Chancen für Frauen, Verbraucherfragen und die Umwelt im Vordergrund. Ein wichtiges Thema war die Demokratie, wobei viel über das Demokratiedefizit in der Union gesagt wurde, die als grundsätzlich undemokratisches, von oben aufgezwungenes Projekt angesehen wurde.

Obwohl viele Schweden durchaus Vorstellungen von europäischem Frieden und kultureller europäischer Identität hegen und die Union für sie mehr ist als nur die Sorge um das schwedische Bruttoinlandsprodukt und materiellen Reichtum, so scheint es doch, daß die zentrale Erwartung der Schweden sich gerade darauf richtet – auf andauernden und wachsenden Wohlstand und Wohlfahrt. Was den Friedensfaktor angeht, so machte die politische Debatte innerhalb wie außerhalb des Parlaments sowohl den Schweden wie auch der Welt deutlich, daß Schweden an seiner blockfreien Politik und seiner nationalen Verteidigung festhalten würde („Nur Schweden verteidigen Schweden, und Schweden verteidigt nur Schweden“, wie der

konservative Ministerpräsident Carl Bildt schwedisches Denken in dieser Hinsicht formulierte). Bei der Sicherheit im weiteren Sinne gab es jedoch kein Problem mit der Union und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, da diese als Erfüllung der Anforderungen der Charta von Paris von 1990, der Prinzipien der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Vereinten Nationen gesehen werden konnte. Die friedliche Beilegung von Konflikten, aber auch die Friedenserhaltung kannten die Schweden bereits – durch ihre Beteiligung an entsprechenden UN-Einsätzen.

All dies legt nahe, daß hinsichtlich solcher Themen wie europäische Identität, Föderalismus, Supranationalismus, Verteidigungsgemeinschaft usw. keine großen Erwartungen oder Wünsche gehegt wurden. Die Europäische Union soll vor allem die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlfahrt im allgemeinen schaffen. Im Prozeß der politischen Entscheidungsfindung wird Offenheit in Brüssel erwartet, die Schweden wollen sich für die Chancengleichheit von Männern und Frauen einsetzen und hart um Umweltthemen feilschen. In diesem letzten Bereich gibt es in der schwedischen Debatte sogar Stimmen, die eine schwedische Rolle als entschlossener Unruhestifter vorschlagen, um die Union zu zwingen, die höheren schwedischen Umweltstandards zu akzeptieren. Hier treffen sich die schwedischen Erwartungen weitgehend mit idealistischen Vorstellungen, wie sie traditionell in der schwedischen Abrüstungspolitik und entsprechenden Initiativen zu finden sind.

Eine zentrale Beobachtung hinsichtlich des Verhältnisses zur EU ist wohl, daß die Schweden eine Mitgliedschaft in der Union als eine Form der internationalen Zusammenarbeit verstehen, wenn auch einer sehr viel weitergehenden Zusammenarbeit, als Schweden sie bis dahin in den UN und der KSZE erlebt hat. „Integration“ und „Union“ sind dagegen fremde Begriffe, die eher außerhalb des schwedischen Bezugsrahmens liegen. Es ist also kaum verwunderlich, daß die Mitgliedschaft an sich einen erheblichen Lernprozeß erfordert. Skizziert man die schwedische Bewußtseinslage an der Schwelle zur Mitgliedschaft im Jahre 1994 auf diese Weise, so könnte man rasch zu einer Vorstellung von den Schweden gelangen, die sich ihr Europa „à la carte“ zusammenstellen. Man könnte das Bild eines Nachzüglers gewinnen, der meint, er träte einer Wirtschaftsgemeinschaft bei, die in Wirklichkeit bereits durch ein ehrgeizigeres und weitreichenderes Projekt ersetzt wurde. Es ist jedoch vielmehr so, daß die Entscheidung für

einen Beitritt aus der Erkenntnis erwuchs, daß die Welt sich verändert hat. Der Beitritt war hiernach letztendlich der einzige Weg, Einfluß auf die Gestaltung dieser neuen Welt zu nehmen.

---

## V. Bilanz eines Jahres und Ausblick

---

Wie erörtert, brachte die Mitgliedschaft keine direkten Verbesserungen der Bedingungen für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt oder den sozialen Bereich – zumindest wird dies von der breiten Öffentlichkeit so wahrgenommen. Trotz der „Sparpläne“ der Regierung bleibt die Arbeitslosigkeit hoch, was viele direkt mit der Union in Verbindung bringen, wo die durchschnittliche Arbeitslosenrate vor 1991, also vor dem Antrag auf Mitgliedschaft, erheblich höher gewesen war als in Schweden. Das Argument von Regierungsvertretern und Befürwortern der Union, Zinsen, Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten wären ohne den Beitritt Schwedens zur Union sogar noch höher, kam in der breiten Öffentlichkeit überhaupt nicht an.

Wie die Europawahlen zeigten, war Schwedens erstes Jahr in der Union in den Augen der Bevölkerung kein Erfolg. Diese Wahlen vom September 1995 machten die entscheidende Rolle der Sozialdemokratischen Partei deutlich: Solange die Masse ihrer Mitglieder nicht entschlossen für die Union eintritt, bleibt eine breite öffentliche Unterstützung zweifelhaft. Der Parteitag im März 1996 wird erneut demonstrieren, daß das strategische Schlachtfeld im Kampf um die Zustimmung der Schweden zur Union in dieser Partei liegt. Bisher dem Parteitag zugeleitete Vorschläge deuten auf eine große Bandbreite der Meinungen unter den Mitgliedern. Darin sind jedoch häufig massive Bemühungen enthalten, die Handlungsfreiheit der Regierung einzuschränken: Sie fordern eine Ablehnung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, weitere Volksabstimmungen über jegliche Entwicklung in der EU, die Verpflichtung, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) dürfe nicht die schwedische Neutralität berühren und dergleichen mehr.

Während die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Union von der Unzufriedenheit mit den allgemeinen Umständen in Schweden und von der Opposition gegen spezifischere EU-Phänomene bestimmt war, fiel die Wahrnehmung der schwedischen Elite vom ersten Jahr in der Union eher positiv aus.

Man meinte, Schweden habe sich als aktives und engagiertes Mitglied etabliert, als ein Land, das sich zu allen Problemen frei äußert – oder wie der Kommentar aus Brüssel lautete, „ein Land mit dem Instinkt einer großen Macht“. Ein Urteil, das von den Schweden nicht unbedingt als negativ empfunden wurde. Natürlich hatte es Schwierigkeiten mit den Routinen und Formalitäten der Union gegeben. Die Schweden – wie schon andere neue Mitglieder vor ihnen – müssen „on the job“ lernen. In manchen Bereichen, die den Schweden am Herzen liegen, wurde sogar einiges erreicht, um nicht sogar von Erfolgen zu sprechen: in Fragen der Gleichberechtigung und bei Umweltthemen, in der Frage der Offenheit der Entscheidungsfindung, im Freihandel und nicht zuletzt im Eintreten für die baltischen Republiken, die in einem künftigen Erweiterungsprozeß in gleicher Weise Beachtung finden sollen wie die mitteleuropäischen Staaten. Angesichts der verbreiteten Europaskepsis zu Hause fühlen sich schwedische EU-Vertreter offensichtlich verpflichtet, bei einer großen Zahl von Themen aktiv zu werden.

Die Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und den Einschätzungen der politischen Elite ist also offensichtlich. Das Bewußtsein dieser Kluft beeinflusste auch die Bemühungen der schwedischen Regierung, ihre EU-Politik zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 „gut zu verkaufen“. Eine Broschüre, die Mitte 1995 erschien, nennt drei wesentliche schwedische Ziele für die Konferenz: Die Union soll eine stärkere öffentliche Basis und demokratische Legitimation erhalten, es soll der Weg für eine fortgesetzte Öffnung der Union bereitet werden und man will in für Schweden wichtigen Bereichen auf eine verstärkte Zusammenarbeit hinwirken, insbesondere bei Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Umwelt. Diese Zusammenstellung der schwedischen Ziele am Vorabend der Regierungskonferenz listet insgesamt zehn Themen bzw. Herausforderungen auf:

- stärkere öffentliche Basis und demokratische Legitimation,
- Erweiterung,
- eine offene und leichter zugängliche sowie effektivere Union,
- Subsidiarität,
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
- Europäische Währungsunion,
- Beschäftigung,

- Zusammenarbeit in rechtlichen Fragen und Freizügigkeit,
- Europa à la carte und
- die Position kleiner Staaten.

Die alten wirtschaftlichen Prioritäten – darunter die Beschäftigung als zentrales Thema – sind noch immer höchst relevant. Die schwedischen Bemühungen um eine „Beschäftigungs-Union“, durch die nationale Anstrengungen koordiniert und die multilaterale Zusammenarbeit gefördert werden sollen, wurden bereits erwähnt. Vor dem Hintergrund der in Schweden so populären Euro-Skepsis ist der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit und Demokratisierung der Union kein Zufall. Das gilt auch für die starke Unterstützung des Subsidiaritätsprinzips. Diese Prioritäten spiegeln zugleich eine klare Verpflichtung auf Partizipation und Dezentralisierung wider.

Eine Erweiterung der Union steht ganz oben auf der Tagesordnung, was sich immer wieder in der schwedischen Unterstützung für den KSZE/OSZE-Prozeß zeigt. Die Erweiterung hängt aber auch mit direkteren strategischen und Sicherheitsabwägungen zusammen: Es geht um die Position und Zukunft der benachbarten baltischen Republiken, gegenüber denen sich Schweden gemeinsam mit den anderen nordischen Ländern aus historischen und geographischen Gründen in der Rolle des hilfsbereiten Nachbarn und Anwalts sieht. Die baltische Verpflichtung wird wahrscheinlich nicht nur in der schwedischen, sondern in der nordischen Politik innerhalb der Union ein wichtiges Thema bleiben. Von der Regierungskonferenz wird hier sicherlich Orientierung erwartet – nicht nur für eine Erweiterung, sondern auch für die notwendige Neustrukturierung der Union, damit sie eine größere Mitgliederzahl bewältigen kann. Dies ist eine der größten Herausforderungen für die Union: Eine Erweiterung erfordert zugleich eine Vertiefung der Integration, denn vor dem Hintergrund der im Maastricht-Vertrag formulierten Ziele ist das eine ohne das andere nicht realistisch. Die Schweden sind sich dieses Problems bewußt.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird als mit der „militärischen Blockfreiheit“ vereinbar angesehen. Die schwedische nationale Verteidigung bleibt darum außerhalb der GASP, was eine Bereitschaft, die EU-Aktivitäten im Bereich der Friedenserhaltung und anderer Formen freiwilliger internationaler Operationen auszudehnen, nicht ausschließt. Darüber hinaus besteht offiziell die Bereitschaft, in solchen Fragen Mehrheitsab-

stimmungen zu akzeptieren. Was die gemeinsame Verteidigung angeht, so wird die Linie vertreten, daß die schwedische Nicht-Beteiligung andere Mitgliedstaaten nicht davon abhalten sollte, eine solche Option zu verfolgen. Schweden ist heute Beobachter in der Westeuropäischen Union (WEU) und eine Veränderung dieses Status wird nicht erwogen. Bei der Regierungskonferenz 1996 wird von Schweden möglicherweise erwartet, daß es „präventive“ Elemente der GASP und die Notwendigkeit, stärkere europäische Fähigkeiten in diesem Bereich zu entwickeln, unterstreicht.

Was die Europäische Währungsunion angeht, so zeigt sich in der Debatte jetzt eine gewisse Vorsicht. In einem kürzlich von einer Gruppe einflußreicher schwedischer Wirtschaftswissenschaftler veröffentlichten Bericht wurde geraten, den schwedischen Beitritt hinauszuzögern. Die Debatte im allgemeinen hat sich von der Frage der schwedischen Fähigkeit, die Konvergenzkriterien zu erfüllen, abgewandt. Sie konzentriert sich nunmehr auf wachsende Zweifel an dem Projekt angesichts des gesetzten Zeitrahmens. Die Unschlüssigkeit der älteren Unionsmitglieder wird sich in

diesem Bereich höchstwahrscheinlich auf die schwedische Meinung auswirken.

In Übereinstimmung mit der schwedischen Position hinsichtlich von Demokratisierung und Partizipation befürworten alle schwedischen Parteien eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments – sowohl hinsichtlich der politischen Initiative als auch im Bereich der Kontrollfunktion. Eine traditionelle politische Linie betrifft außerdem nicht von ungefähr die Förderung der Position kleinerer Staaten. Es gilt, ihre Stellung – und damit auch die Stellung Schwedens – angesichts der verschiedenen Projekte der Umverteilung von Macht innerhalb der Unionsmitgliedschaft zu schützen.

Obwohl die schwedische Position von dem Wunsch nach Flexibilität und länderspezifischer Annäherung an die künftige Union geprägt ist, unterstützt sie kein Europa *à la carte*. Im Gegenteil, der fortlaufende Prozeß der Integration sollte – soweit möglich – auf einer verbindlichen allgemeinen institutionellen Grundlage beruhen. Schweden will das ganze Europa, keine Häppchen von einem *Smörgåsbord*.

# Schweden (Sverige)

## Schweden in Zahlen

Hauptstadt:	Stockholm
Einwohner:	8,7 Millionen
Fläche:	450 000 km <sup>2</sup>
Einwohner je km <sup>2</sup> :	19
Regionen:	24 Provinzen
Sprachen:	Schwedisch, Finnisch, Samisch
Währung:	Schwedische Krone (SKR) – (1 ECU: 9,2 SKR)
Bruttoinlandsprod.:	159,2 Milliarden ECU
BIP pro Kopf:	18 256 ECU
Arbeitslosenquote:	7,8 Prozent

## Konvergenzkriterien (1994/Breuss/OECD)

Inflationsrate:	2,3 Prozent
Öff. Neuverschuldung:	11,5 Prozent des BIP
Staatsschuld (insg.):	94,2 Prozent des BIP
Langfristige Zinsen:	8,5 Prozent

## EU-Referendum am 13. November 1994

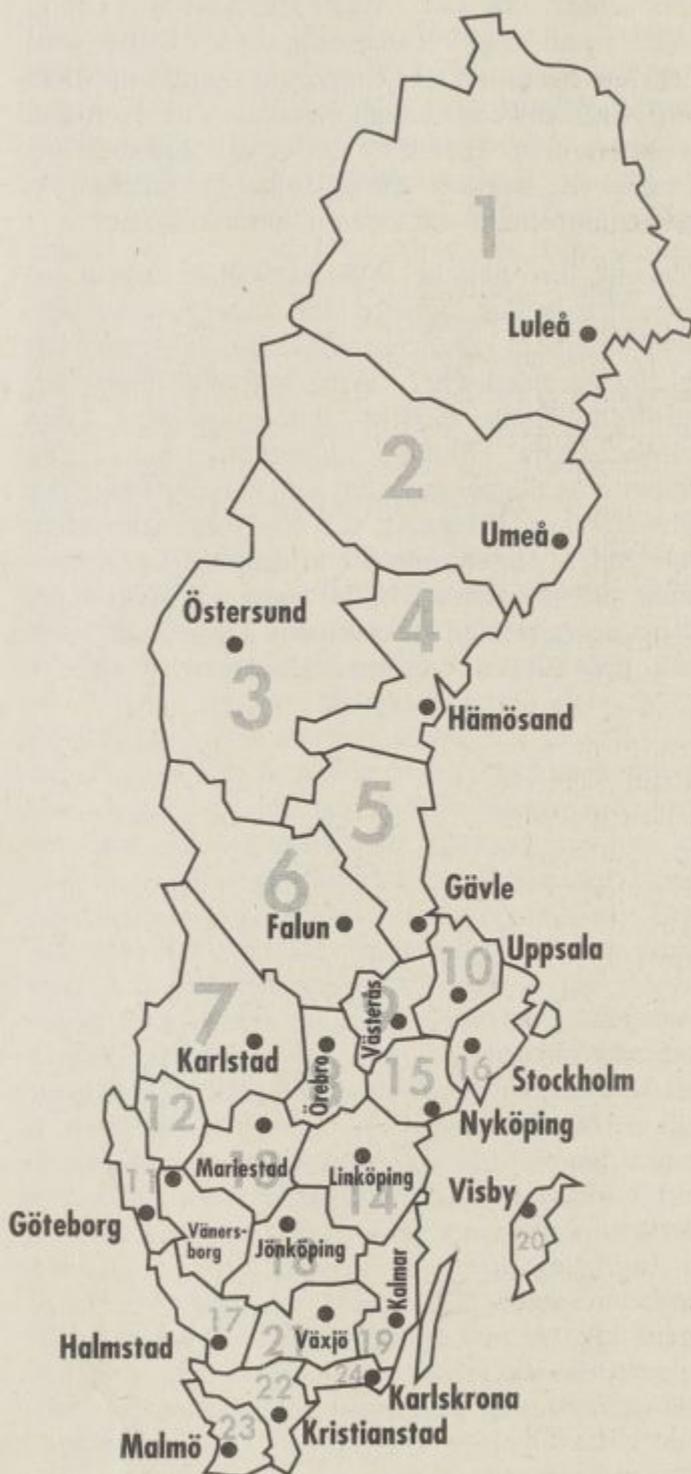
Ja-Stimmen:	52,2 Prozent
Nein-Stimmen:	46,9 Prozent

## Stimmen oder Sitze in den EU-Institutionen

Stimmen im Ministerrat:	4
Sitze im Europäischen Parlament:	22
Sitze im Ausschuß der Regionen:	12
Sitze Wirtschafts- und Sozialausschuß:	12

Quelle: EU-Informationen Nr. 1/Januar 1995

1 NORRBOTTEN	7 VÄRMLAND	13 SKARABORG	19 KALMAR
2 VÄSTERBOTTEN	8 ÖREBRO	14 ÖSTERGÖTLAND	20 GOTLAND
3 JÄMTLAND	9 VÄSTMANLAND	15 SÖDERMANLAND	21 KRONOBERG
4 VÄSTERNORRLAND	10 UPPSALA	16 STOCKHOLM	22 KRISTIANSTAD
5 GÄVLEBORG	11 GÖTEBORG OCH BOHUS	17 HALLAND	23 MALMÖHUS
6 KOPPARBERG	12 ÄLVSBERG	18 JÖNKÖPING	24 BLEKINGE



## Finnland in der Europäischen Union

Zu Beginn des Jahres 1996 blickt Finnland auf die ersten zwölf Monate seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union zurück – auf eine für sich genommen kurze Zeitspanne, die aber von zahlreichen neuen Inhalten und Aktivitäten erfüllt wurde. Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres scheint sich das Resultat der beratenden Volksabstimmung über einen Beitritt zur Union (vom 16. 10. 1994) mit einer Wahlbeteiligung von 74 Prozent bei 57 Prozent abgegebenen Ja-Stimmen zu bestätigen. Die Einstellung der Bevölkerung zur Mitgliedschaft ist 1995 durch mehrere Gallup-Umfragen geprüft worden: Sie ist stabil und positiv geblieben (im November: 56 Prozent Befürworter und nur 26 Prozent EU-Gegner).

Das finnische Parlament entschied sich am 2. 11. 1994 mit der großen Mehrheit von 152 zu 45 Stimmen (von 200) für die Mitgliedschaft. Auch der Landtag der autonomen Region Ahvenanmaa (Ålandinseln) votierte mit 26 zu 4 Stimmen für den Beitritt. Beide Abstimmungen gehören in der Sache wie verfassungsrechtlich zu den bei weitem wichtigsten in der Geschichte dieser Volksvertretungen, da der Beschluß auch Souveränitätsrechte berührt.

Bereits am 25. 10. 1994 wurde der ehemalige Minister Erkki Liikanen als Kandidat für die Position eines EU-Kommissars vorgeschlagen, und am 24. 11. 1994 erkor man die 16 Europaparlamentarier aus den Reihen der Abgeordneten des finnischen Parlaments. Anzumerken ist, daß die im äußersten Norden auf drei Staaten verteilt lebenden fünf lappländischen Hauptstämme verfassungsgemäß noch nicht in den Parlamenten Norwegens, Schwedens oder Finnlands als Lappen vertreten sind (Gesamtzahl rund 35 000, davon 3 000 in Finnland). Diese autonome Rechte besitzende Urbevölkerung darf nicht mit den Einwohnern des Regierungsbezirks Lappland (Lapinlääni/Finnland) verwechselt werden, der ca. 60 000 km<sup>2</sup> umfaßt und etwa 40 000 Einwohner hat.

Im großen und ganzen hat sich 1995 an der Verteilung der Anhänger und Gegner der EU in Finnland nicht viel geändert: Während die im Norden wohnende ländliche Bevölkerung sich gegenüber der EU-Mitgliedschaft eher ablehnend verhält, wird sie von der südlicher und in den Ballungsge-

bieten lebenden Stadt- und Landbevölkerung mitgetragen (in Helsinki beispielsweise betrug der Anteil der Nein-Stimmen nur 26 Prozent, im Südwesten 40 Prozent, aber im Regierungsbezirk Lappland rund 56 Prozent). Das Ja zur Union wurde also durch die städtische Bevölkerung entschieden.

Nur ein Jahr früher – am 1. 1. 1994 – war ein anderer, für die weitere Entwicklung sehr bedeutsamer vorbereitender Schritt in Richtung der europäischen Integration getan worden: Der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zwischen den zwölf EU-Staaten und den fünf EFTA-Ländern (Finnland, Schweden, Norwegen, Island und Österreich) trat damals in Kraft. Finnland gehörte der EFTA seit 1961 an; die Schweiz hingegen trat als EFTA-Land dem EWR nicht bei.

Vom Gesichtspunkt des wirtschaftlich-sozialen Integrationsprozesses aus betrachtet, sollte besonders erwähnt werden, daß Finnland zusammen mit den vier anderen nordischen Staaten im Nordischen Rat schon seit 1955 einen Großraum bildet, in dem moderne Gesetze mit historisch verankerten Rechtsnormen weitgehend harmonisiert sind – so bestehen auch heute u. a. ein gemeinsamer Arbeitsmarkt, gemeinsame Sozialversicherungen, Paß- und Visafreiheit. Letztere erklärt die Beharrlichkeit, mit welcher Dänemark, Finnland und Schweden auch für Norwegen die Gültigkeit des Schengener Abkommens sichern wollen.

Die enge wirtschaftliche, politische und gesellschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit zwischen den durch gemeinsame Geschicke miteinander verbundenen nordischen Völkern (das Großfürstentum Finnland gehörte über 600 Jahre lang als dessen östliche Staatshälfte zum Königreich Schweden) hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der gut aufeinander eingespielten Staaten-gruppe beständig und in einer erstaunlich flexiblen Weise vertieft – wenn man etwa bedenkt, daß Island, Norwegen und Dänemark Abkommen mit der NATO schlossen, Schweden und Finnland hingegen ihre Neutralitätspolitik betrieben. Seit dem 18. 4. 1994 hat Finnland im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ Anteil an den Aktivitäten der NATO. Im Jahre 1996 wird Finnland, das sich schon seit 1955 an Blauhelm-Operationen der

UNO mit Zehntausenden von Beobachtern und Soldaten beteiligt hat, erstmalig an der von der UNO sanktionierten, von der NATO geführten Friedensmission im ehemaligen Jugoslawien mitwirken.

---

## I. Parlament, Regierung und Wirtschaft

---

Die vielfältigen Veränderungen, die der Integrationsprozeß in Europa hervorruft und die bei weitem nicht abgeschlossen sind, werden nach Ansicht der finnischen Öffentlichkeit recht zufriedenstellend vom Parlament und von der Regierung gehandhabt. Den „dritten Pol“ bildet der Staatspräsident, der laut Verfassung (nicht unähnlich den Präsidenten Frankreichs oder der USA) die Verantwortung für die auswärtigen Beziehungen Finnlands trägt. Zusätzlich zu den Ausschüssen für die nordische Zusammenarbeit in Regierung und Parlament wurden neue, die EU-Thematik konzentriert behandelnde Organe eingerichtet, die in die entsprechenden Ministerien übergreifen. Ohne den Beamtenapparat auszuweiten, ist man bemüht, den für unsere Verhältnisse überaus großen Anfall an Informationen, Direktiven und Instruktionen zu meistern, die fast täglich aus Brüssel eintreffen und in die beiden Landessprachen Finnisch und Schwedisch – der schwedischsprachige, vollkommen gleichgestellte Bevölkerungsanteil beträgt rd. sechs Prozent – übersetzt werden müssen. Unverzichtbar für nordische Demokratien ist Offenheit und Transparenz, womit gemeint ist, daß der Bürger und die Presse das gleiche Recht haben, EU-Fragen betreffende Beschlüsse, Direktiven usw. – und ihre Entwürfe und Vorlagen in den Behörden oder Ausschüssen des Parlaments – einzusehen, wie traditionell vergleichbare Akte und Handlungen auf kommunaler und staatlicher Ebene in Finnland.

So ist im Parlament der sogenannte Große Ausschuß (mit der Funktion eines Oberhauses/Bundesrates) nun zur wichtigsten EU-Zwischeninstanz aufgestiegen. Man hat in der Presse mit einiger Zufriedenheit feststellen können, daß in allen prinzipiellen Fragen der Zusammenhalt der Regierung (allgemeine Wahlen fanden Anfang 1995 statt) bisher überraschend gut gewesen ist, wenn man bedenkt, daß der Regierungskonsens in einem wirklich breiten Spektrum erreicht werden muß: Die Sozialdemokraten stellen sieben Minister (63 Abgeordnete), die Sozialisten zwei (22), die

Konservativen fünf (39), die liberale Schwedenpartei zwei (12) und die Grünen einen (9); hinzu kommt ein parteiungebundener Landwirtschaftsminister. Der Ministerpräsident Paavo Lipponen ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. Der Staatspräsident Martti Ahtisaari (seit 1. 3. 1994 für sechs Jahre gewählt) gehört derselben Partei an. Der Großteil der erwähnten Parteien (oder ihre Vorgänger) war schon vor 90 Jahren im ersten Einkammer-Parlament Finnlands vertreten. In der Opposition befindet sich heute nur eine große alte Partei: die (ehemals bäuerliche) Zentrumspartei mit 44 Abgeordneten. Ihr Parteivorsitzender Esko Aho war Ministerpräsident von 1991 bis 1995. Zur Opposition gehören noch vier kleine Splitterparteien mit zusammen elf Abgeordneten.

Die Beschlüsse zur EU-Mitgliedschaft wurden also von der vorherigen Regierung gefaßt, die unter der Leitung von Esko Aho auch die Verhandlungen führte, wobei die Konservativen und die Schwedische Volkspartei mitwirkten und die Sozialdemokraten zwar in der Opposition waren, nicht aber gegen die EU stimmten. Dieser Umstand kann als Beweis gelten für die Stabilität der Bemühungen, über den Rahmen der EFTA und des EWR hinaus an der Integration Europas mitzuwirken.

Das parlamentarische System Finnlands sieht vor, daß die Beschlußfassung über außen- und sicherheitspolitische sowie staatsrechtliche Fragen ausschließlich dem Parlament zusteht. Dies wirft eine Reihe möglicher Probleme auf: Kann „Brüssel“ (Mehrheits-)Beschlüsse fassen, die mit den nationalen Interessen Finnlands unvereinbar sind, die also nicht befolgt werden können, und deswegen eine Suspendierung der Mitgliedschaft zur Folge haben könnten? Wie stellt sich der Staatspräsident zu einer EU-Entscheidung, die vom finnischen Parlament abgewiesen wird? Demnach gilt es, die Entwicklung innerhalb der EU, z. B. bei der Vorbereitung der Agenda der Regierungskonferenz 1996/1997, sorgfältig zu beobachten und an der Formulierung von Standpunkten und Zielrichtungen mitzuarbeiten.

Um die Bereitschaft zu verstehen, nicht auf dem halben Wege stehen zu bleiben, d. h. sich auf die bisherige Mitgliedschaft im EWR zu beschränken, soll hier auf einige Fakten und Bedingungen des finnischen Wirtschaftslebens hingewiesen werden. Zunächst die geographische Lage: Bei einer Gesamtfläche von 338 000 km<sup>2</sup> beträgt die Länge der Nord-Süd-Achse 1 200 km. Im nördlichen Drittel leben nur etwa 200 000 Einwohner, im süd-südwestlichen Fünftel des Landes etwa drei Vier-

tel der Gesamtbevölkerung von fünf Millionen (die Region Helsinki-Espoo-Vantaa hat allein eine Million Einwohner). Das bedeutet sehr große Unterschiede im Inneren des Landes mit einer nach Norden und Nordosten hin immer spärlicheren Bevölkerung. Es gibt keine bedeutenden Bodenschätze, aber viel Nadel- und leichten Laubwald (Kiefern, Tannen und Birken). Ein hoher Energiebedarf (1,7 mal höher als der OECD-Durchschnitt pro Einwohner) entsteht wegen des kalten Klimas für die Beheizung (22 Prozent), für den Verkehr (13 Prozent) und für die (holzverarbeitende) Industrie (bis zu 40 Prozent). Über 60 Prozent der Energie muß importiert werden (Mittelwert in Europa 42 Prozent), hauptsächlich Kohle, Öl und Naturgas. Die eigene Kernkraft liefert etwa 15 Prozent des Bedarfs.

Finnland ist vergleichbar mit einer Insel, denn etwa 80 Prozent des gesamten Außenhandels wird über die Ostsee abgewickelt (bei strengen Wintern mit Hilfe von Eisbrechern). Lübeck und Kopenhagen liegen etwa 1 000 km von den Häfen an der finnischen Südküste entfernt, bis Stockholm sind es 300 km, bis Tallin (Estland) hingegen nur 80 km. Der Anteil der OECD-Länder am Export Finnlands betrug 1994 78,3 Prozent, davon entfielen 48,8 Prozent auf die EU und 18,8 Prozent auf die EFTA (mit Schweden). Deutschland ist vor Schweden und Großbritannien mit rund 14 Prozent Export- und 17 Prozent Importanteilen der größte Handelspartner Finnlands.

---

## II. Vom Europäischen Wirtschaftsraum zur Europäischen Union

---

Die erwähnten geographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten wurden im Zuge der EU-Vorverhandlungen ganz besonders sorgfältig nach allen Seiten hin ausgelotet – mit dem Ergebnis, daß auf dem einheimischen Binnenmarkt die stattlich angewachsene Verschuldung, die ungünstige Veränderung im Arbeitskräfteangebot und im Außenhandel die neuen integrationsbedingten Marktverhältnisse sowie die neuen Nachbarschaften im Ostseeraum zu den wichtigsten Faktoren gehören. Zugleich sollte auch der Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung in der Russischen Föderation nicht außer acht gelassen werden, besonders in der etwa 15 Millionen Einwohner umfassenden nordwestlichen Region Rußlands mit der größten Metropole an der Ostsee – der 5,5-Millionen-Stadt St. Petersburg.

Zunächst stellte sich die Frage, ob man den EWR verlassen sollte, um Vollmitglied in der EU zu werden. Man war sich im klaren, daß der EWR Beschlüsse der EU nur interpretieren konnte und sie zu akzeptieren hatte, er aber keinen direkten Einfluß auf die unmittelbare Beschlußfassung in den verschiedenen Organen der EU besaß. Außerhalb der EU und ihrer Normenbildung zu stehen würde für die lebenswichtige Exportindustrie Finnlands objektiv eine Schwächung durch vermehrte Markthindernisse bedeuten.

Eine Mitgliedschaft in der EU mußte finnischen Unternehmern die gleichen Rechte und den gleichen Schutz gewähren wie den übrigen, oft mit uns konkurrierenden Unternehmen der EU-Länder. Aus dem gemeinsamen EU-Raum heraus würden sich auch bessere Exportmöglichkeiten weltweit ergeben. Auch die Vorteile beim grenzüberschreitenden Binnenverkehr auf den Land- und Wasserstraßen stellen einen für uns wichtigen Preisfaktor dar.

Noch einschneidendere Wirkungen des EU-Beitritts sind auf anderen Gebieten zu erwarten. Bei der für Finnland historisch einmaligen Arbeitslosenrate von rd. 18 Prozent ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen eine unbedingte Notwendigkeit. Die erwähnte Umstrukturierung des Wirtschaftslebens ist noch in vollem Gange: Während beispielsweise bei Kriegsende der Anteil der ländlichen Bevölkerung noch etwa 30 Prozent ausmachte und der Anteil der Agrarproduktion am Bruttosozialprodukt bei etwa 20 Prozent lag, ist heute die Land- und Forstwirtschaft nur noch mit je drei Prozent vertreten. Zum Vergleich: 30 Prozent der Beschäftigten sind im Industrie- und Bau-sektor tätig, 65 Prozent im Sektor Dienstleistung und Transport.

Bei einem vorrangigen Platz im Export für die Holzverarbeitende Industrie (Schwerpunkte Papier und Zellstoff), die Metallindustrie (führend in der Herstellung von Papiermaschinen und Spezialschiffen) sowie die Elektronik müssen die durch eine erhöhte Effektivität freigewordenen Arbeitskräfte mittels großer Investitionen produktiv beschäftigt werden. Die EU-Mitgliedschaft, deren nicht unbedeutender Folgeeffekt Stabilität im Innern und Zugehörigkeit zu einem wohlstrukturierten Markt sein sollte, verspricht ein weiterhin günstiges Investitionsklima für EU- und internationale Anleger. Außer in der Land- und Forstwirtschaft sind größere Strukturanpassungen, die auf den Export Einfluß haben, jedoch nicht zu erwarten.

Die seit mehreren Jahren sehr günstige Wachstumsrate der finnischen Produktion (1950–1994 im Durchschnitt 3,6 Prozent, 1992–1994 sogar 5,0 Prozent, Ende 1995 2,5 Prozent) sowie die im Vergleich zur europäischen Durchschnittsrate (1994: 3,8 Prozent) gemäßigte Inflationsrate von 1,7 Prozent begünstigen Investitionsentschlüsse. Das allgemein hohe Ausbildungsniveau und die modernen Forschungs- und Entwicklungszentren (die nördlichsten High-Tech-Zentren Europas liegen in Oulu/Rovaniemi) bilden eine solide Basis für weitere Expansionen in verschiedenen Produktionseinrichtungen – auch zusammen mit anderen EU-Ländern.

Mit nur fünf Millionen Einwohnern stellt Finnland selbst lediglich einen begrenzten Markt dar, sowohl für die Eigenproduktion als auch für EU- und Drittländer. Es gilt also, die Produktionskosten zu drosseln und die durch die großen Entfernungen und das Klima bedingten Nachteile durch noch höhere Effizienz auszugleichen. In einer Hinsicht wird jedoch eine gewisse „Ineffizienz“ trotz des EU-Beitritts bestehen bleiben, und zwar in der Land- und Forstwirtschaft. Schon aus sicherheitspolitischen Gründen können große Flächen des Landes nicht entvölkert bzw. die eigene, unabhängige Lebensmittelversorgung gefährdet werden, indem man – aus Brüsseler Sicht unrentable – Einzelhöfe aufgibt. Charakteristisch für Finnland ist es ja, daß die landwirtschaftlich genutzte Fläche (8 Prozent, Wälder und Einöden hingegen 69 Prozent, Binnengewässer und Sümpfe rund 10 Prozent ausmachen. Der Waldbesitz (ausgenommen der staatlich verwaltete Wald im hohen, unbewohnten Norden) befindet sich zu über 80 Prozent in den Händen der bäuerlichen Bevölkerung, deren hauptsächlichlicher Reichtum somit „im Walde wächst“ und dessen Wert durch die Konjunktur der Welthandelspreise für Papier und Zellstoff bestimmt wird. Bei einem Holzbestand von 356 m<sup>2</sup> pro Einwohner und einem jährlichen Zuwachs von 14,7 m<sup>3</sup> Holz pro Einwohner werden jährlich nur etwa 1,8 Prozent des Waldbestandes industriell verwertet. Die Pflege des Waldes ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern Herzenssache eines jeden Finnen.

Der bevorstehende Strukturwandel betrifft also weniger die Hauptsäulen der Industrie als den Übergang der landwirtschaftlichen Produktion zu neuen, hochwertigen Erzeugnissen. Die Abnahme der Besiedlung in den Grenzgebieten wird mit der Schaffung neuer mittelständischer und Kleinbetriebe durch Regional- und Strukturfonds der EU bereits aufgehalten. Da das Unternehmertum seit eh und jeh den Großteil unserer Wirtschaftsdyna-

mik verkörpert hat, sind seine Kreativität und Einsatzbereitschaft in den heutigen Zeiten des Umbruchs besonders gefordert.

---

### III. Finanzpolitik und Währungsunion

---

Nicht weniger wichtig für eine weitere Straffung der Anpassungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Kriterien der EU ist die Angleichung der Finanz- und Währungspolitik an die Konvergenzforderungen. Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für die Mitwirkung an der Ausarbeitung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in allen ihren Aspekten. Noch „floatet“ die Finnmark (sie besteht als eigene Währung seit 1860), aber seit 1992 ist sie im Verhältnis zu den Leitwährungen zunehmend erstarkt. Die günstige Zahlungsbilanz der letzten Jahre hat es möglich gemacht, einen Teil der überhöhten Staatsschulden im Ausland abzutragen, und die Unternehmen beeilen sich, die Betriebe zu sanieren und sie auf die kommenden Reformen vorzubereiten.

Sollen die Konvergenzbedingungen der WWU erfüllt werden – und dies ist die mehrfach in aller Klarheit ausgedrückte Absicht der Regierung –, so müßte die Finnmark schon 1996 oder spätestens Anfang 1997 fest an die starken Währungen gebunden werden, während die niedrige Inflationsrate und das relativ geringe Haushaltsdefizit – erreicht durch harte Sparmaßnahmen – den Kriterien genügen; allerdings bereitet die recht hohe Verschuldungsrate (Ziel: 60 Prozent; gegenwärtiger Stand: 64,4 Prozent) doch erhebliche Sorgen.

Es wird zu Recht betont, daß schon die Zielsetzung Finnlands, unter den ersten Staaten der EU zu sein, die der WWU beitreten, einen günstigen Einfluß auf die Ausrichtung der Budgetpolitik und die Handhabung der Staatsfinanzen ausübt. Nicht ganz zu Unrecht wird behauptet, daß das hohe Ziel der WWU/EU-Mitgliedschaft Finnlands als Vorwand für das Herunterfahren der bisherigen, mittlerweile zu kostspieligen sozialen Sicherheit dient. Das Beispiel des mit uns in diesem Sinne vergleichbaren, aber bedeutend reicheren Schweden macht deutlich, daß ein gerechtes, umfassendes soziales Sicherheitsnetz nicht auf einem Modell beruhen darf, das alle Jahre durch neue nationale oder internationale Anleihen aufgepolstert wird. Die überraschend große Arbeitslosigkeit und die jahgangsbedingte große Zahl von rüstigen (und damit teuren) Rentnern beschleunigen

gen auf ihre Weise die notwendigen, aber leider harten Sparbeschlüsse.

Die Frage des „Ob und Wie“ der Europäischen Währungsunion wird in der finnischen Presse seit Monaten eifrig diskutiert, und man verfolgt mit großem Interesse die Kommentare und Analysen dazu in der europäischen Öffentlichkeit. Die gegensätzlichen Ansichten, die von führenden Politikern und Ökonomen geäußert werden, scheinen darauf hinzuweisen, daß es sich um ein ganzes Knäuel von ungelösten Problemen handelt. Sowohl der Erfolg der globalen Effekte, der durch die Beschlüsse erzielt werden soll, als auch die Mittel zur Erreichung der gesteckten Ziele und zudem die Mechanismen, wodurch die WWU auch in Krisenzeiten der einzelnen Mitgliedstaaten (früher reguliert durch Auf- bzw. Abwertungen der eigenen Währung) gewährleistet werden soll, scheinen Gegenstand heftiger Dispute zu sein. Auch die Meinungsumfragen in vielen EU-Ländern vermitteln den Eindruck einer eher abwartenden oder gar mißtrauischen, emotionsgefärbten Einstellung zu den geplanten Maßnahmen.

Es ist also nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Zweckmäßigkeit, deren Diktat die Maastricht-Staaten sich unterwerfen wollen, sondern die WWU als „Symbol“ hat – wie alle grundlegenden Integrationsschritte – wichtige „makropolitische“ Beweggründe, Ursachen und Ziele. Die kommende Regierungskonferenz wird hoffentlich vieles klarstellen, und bis zum Jahre 2002 dürfte auch die endgültige Form und Funktionsweise der WWU – wenn sie, wie jetzt konzipiert, zustande kommt – präzisiert sein.

Man hofft, daß zugleich mit Finnland Schweden ebenfalls zu den ersten Ländern gehören wird, die an der WWU teilnehmen können. Am Rande ist dabei durchaus notiert worden, daß es denkbar wäre, zuerst für die WWU einen „harten Kern von einigen Staaten“ zu schaffen, damit die Durchführung der Währungsunion überhaupt möglich wird. In letzter Zeit hat man zudem in der Diskussion über den „harten Kern“ auch eine Koppelung des Problems der WWU mit der Osterweiterung der Union feststellen können. Ohne einen „harten Kern“, ohne (Teil-)WWU könnte es – so hört man – die Europäische Union einfach nicht wagen, neue, in ihrer inneren und wirtschaftlichen Entwicklung sehr ungleiche Staaten als Mitglieder aufzunehmen. Dieses objektiv richtige „westliche“ Problem stößt aber sehr schnell und hart auf ein entsprechendes „östliches“ – auf das des allgemeinen (nicht nur militärpolitischen) Sicherheitsbedürfnisses und der Stabilitätssehnsucht der dem

Totalitarismus entronnenen Staaten und Völker. Einerseits bedeutet die EU-Mitgliedschaft für diese Staatengruppe die Expansion des bereits integrierten westlichen Wirtschaftsraums mit seiner finanz- und handelspolitischen Ordnung nach Mittel- und Osteuropa. Die mögliche stufenweise Integration in die EU ist andererseits für die neuen Mitglieder gleichzusetzen mit der Anerkennung, daß sie nun (wie in der OSZE oder dem Europarat – aber bedeutend stärker) wieder als vollwertige europäische Staaten akzeptiert werden; was umgekehrt heißt, daß sie eben nicht als solche Länder gelten wollen, die man aus Europa ausschließt, wodurch sie wieder „ost-europäisch“ werden und – in purer Konsequenz und ohne viel Aufhebens – dem Einflußgebiet der östlichen euro-asiatischen Kernwaffen-Großmacht und deren „legitimen Sicherheitsbedürfnissen“ (welche ja kleine und schwache Nachbarländer bekanntlich weder haben noch haben dürfen) zugeordnet werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheint es für viele Politiker und Ökonomen angebracht, den europäischen Integrationsprozeß auf noch viel zahlreicheren, auch sicherheitspolitischen Ebenen zu analysieren. Man fragt sich auch, worauf die Dynamik der EU beruht, wer welche Zielsetzungen formuliert, um wirtschaftlichen und sozialen Zwängen zu genügen. In welchem Verhältnis steht das Gelingen der wirtschaftlichen Integration zur Wahrung künftiger sicherheitspolitischer Interessen ganz Europas, d. h. zur nächsten Entwicklungsphase der NATO, der WEU wie auch der OSZE?

---

#### IV. Die Bürger im Integrationsprozeß

---

Für Außenstehende erscheint die gewaltige Arbeit, die in Brüssel und in den Hauptstädten im Zuge der Integrationsbemühungen geleistet wird, durchaus überzeugend, wenn auch sehr abstrakt. Sie ist kaum in ihrer Ganzheit zu erfassen oder zu überblicken. Vieles, was für sechs oder zwölf Mitgliedstaaten noch „machbar“ war, läßt sich bei einer Erweiterung schwerlich – und vielleicht ist es auch nicht notwendig – millimetergenau und kunstgerecht in Direktiven bewältigen. Portugal oder Griechenland können kaum Finnland oder Schweden klimatisch oder geographisch bedingte *Petitessen* vorschreiben: Dies tun sie auch nicht, und ebensowenig umgekehrt. Das Prinzip einer

vernünftigen Subsidiarität erscheint also für uns Nordländer – an eigene Entschlußkraft gewöhnt und auf eigene Initiative vertrauend – als ein verlässliches Mittel, den gesunden Menschenverstand und die freiheitlichen Rechte eines unabhängigen Bürgers, der überdies in kommunaler und staatlicher Selbstverwaltung bestens geschult ist, weiterhin gelten zu lassen.

Schon die Bedürfnisse der nördlichsten Teile Finnlands mit den Möglichkeiten der südlichen Landesteile in Einklang zu bringen – und dies bei ständig wechselnden Welthandelskonjunkturen, Energiekosten und Ernteaussichten – ist ein Unterfangen, das jährlich durch Verhandlungen zwischen den Tarifparteien, im Parlament durch Budgetabstimmungen und dergleichen geregelt werden muß. Wie kann man also bei einer Erweiterung der EU vermeiden, daß fehlerhafte Beschlüsse zu Ungerechtigkeiten führen?

Weil man glaubt, daß die WWU eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Tätigkeit der EU überhaupt ist, will man auch aus prinzipiellen Gründen und zur Stärkung der EU als Ganzes die Schaffung der WWU unterstützen. Eine im November 1995 durchgeführte Meinungsumfrage zur WWU ergab beispielsweise, daß die insgesamt noch relativ unbekanntes WWU mit Vorbehalten positiv bewertet wurde, weil u. a. ein Preisvergleich zwischen Ländern und Waren bei einheitlicher Währung leichter würde (61 Prozent), Währungsrisiken vermieden (52 Prozent) und die wirtschaftlichen Prognosen exakter werden würden (43 Prozent). Man konnte sich dagegen nicht vorstellen, daß die WWU sich günstig auswirken könnte auf die Besteuerung (nur 20 Prozent waren dieser Meinung) oder auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit (17 Prozent), die Verbesserung der Regionalpolitik (15 Prozent), den Anstieg des Lohneinkommens (10 Prozent nahmen es an) oder eine Stärkung der Rolle der Gewerkschaften (7 Prozent).

Diese Umfrage bestärkt den Eindruck der großen Nüchternheit, mit der sich die Finnen gegenüber der eigenen Lage, den Möglichkeiten Finnlands in der EU und den Institutionen der EU insgesamt verhalten. Es gibt keine Euphorie, aber auch keinen ausgesprochenen Pessimismus, hingegen recht viel Realismus. Das bisher überzeugendste Ergebnis des ersten EU-Jahres ist wohl die auf 1,4 Milliarden Finnmark bezifferte Preisentlastung durch eine etwa zehnpromtente Preissenkung bei Lebensmitteln (teilweise hervorgerufen durch einen um zehn Prozent angestiegenen Import). Erfreulicherweise sind viele Studien-, Ausbil-

dungs-, Austausch- und Forschungsprojekte jetzt durch von der EU geförderte Einrichtungen wie ERASMUS oder COMETT erweitert worden. Einige Städte und Landesteile haben den Rahmen der traditionellen Partnerschaften nach Skandinavien und Deutschland überschritten und gut funktionierende Euro-Region-Abkommen geschlossen (z. B. Oulu mit Baden-Württemberg, die Universität Oulu mit der Universität Ulm).

Hervorzuheben ist jedoch die Skepsis, mit der die Möglichkeit der Union bewertet wird, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Es war demzufolge einer der wichtigsten Wünsche, die Staatspräsident Athisaari und Ministerpräsident Lipponen zur Ratssitzung nach Madrid (Dezember 1995) mitnahmen, daß die Frage der Arbeitsbeschaffung auf die Agenda der Regierungskonferenz gesetzt werden sollte. „Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU ist für den einzelnen Bürger keinesfalls überzeugend, wenn es heute schon in (West)Europa über 18 Millionen Arbeitslose gibt und eine ganze Generation vielleicht ein Leben lang keinen ständigen, der Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz finden kann“ – so lautet eines der oft wiederholten Argumente der Euro-Zweifler.

Die theoretisch einwandfreien Bedingungen der Konvergenz werden wohl – sofern überhaupt erfüllbar – in der ersten Phase der WWU kaum zur schnellen Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit beitragen können. Soziale Konflikte innerhalb der EU werden durch das Dilemma verstärkt, immer mehr Mittel durch die Ost-Erweiterung in Anwärteländer abfließen zu lassen, wodurch die Möglichkeiten kompensatorischer Fonds zum Ausgleich der Arbeitslosigkeit im „Westen“ bzw. „Norden“ immer stärker begrenzt werden. Bei einem Ausbleiben effektiver Hilfe für die Anwärtelstaaten droht aber eine noch größere sozialökonomische und politische Katastrophe, die die Union vor eine Zerreißprobe stellen würde, die auch die Zukunft Gesamteuropas nicht unberührt lassen könnte. Wo können die Milliarden an „Euros“ beschafft werden, damit die Völker Europas geeint zu Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zurückfinden können? Welche Verantwortung ruht schon heute auf den europäischen Politikern, damit die „alte Kluft“ sich nicht in eine „neue“ der Enttäuschung, Unsicherheit und Verzweiflung wandelt? Ist das nur eine fiskalische Aufgabe? Oder noch härter gefragt: Was soll geschehen, um ein Scheitern der WWU-Pläne zu verhindern, wenn als Folge eines mißlungenen Versuchs das „freie“ Europa nur aus einer Gruppe von Kernländern bestehen würde, mit Stabilitäts-

und Katastrophenfonds für Randländer und einem guten Wort der Hoffnung für die übrigen?

Es gilt also die Integrationspläne dem „Mann auf der Straße“ verständlich zu machen. Er soll begreifen können, daß ihm die EU heute und die WWU morgen persönlich Nutzen bringen wird. Private und staatliche Institutionen in Finnland betreiben daher eine weitgefächerte Informationsarbeit, die die Integrationsprojekte, die Funktionen der Kommission und des Rats, die Regierungskonferenz und schließlich die WWU insgesamt vorstellt. Aufklärung und Fakten helfen auch hier, Falschinformationen und Gerüchte zu bekämpfen. Die EU hat gewiß Gegner mit weitreichenden Zielen; auch über sie muß gesprochen werden.

Mit Recht fragt der bekannte finnische Kolumnist und Diplomat Max Jakobson (in: Helsingin Sanomat vom 15. 12. 1995), „ob denn die Politiker heute nicht mehr ihren Macchiavelli lesen? Dieser warnte doch den Fürsten, daß nichts so schwierig wäre, wie die Einrichtung von neuen Institutionen, denn alle widersetzen sich ihnen: die einen, weil sie aus den alten Nutzen ziehen, die anderen, weil sie nicht wissen, ob sie aus den neuen etwas gewinnen werden. Niemand erkennt im voraus den wahren Nutzen der Neuerung.“ Jakobson meint auch, daß man in Finnland vielleicht die politische Bedeutung der WWU noch nicht voll erkannt habe, die aber für Finnland von größtem Gewicht sei: „Der beherrschende Einfluß Deutschlands in der Ostsee-Region ist eine Realität, ganz unabhängig davon, ob die WWU verwirklicht wird oder nicht. England und Frankreich, deren Ressourcen und strategischen Ziele nicht in unsere Region hineinreichen, können diese Realität nicht egalisieren.“ Jakobson ist der Ansicht, daß durch die Wiedervereinigung und durch die Hauptstadt Berlin Deutschland sich aus der „Umarmung“ Frankreichs und Englands gelöst und seine Stellung als *die* Zentralmacht Europas wieder eingenommen habe. Symbolisch hierfür sei das Angebot Bundeskanzler Kohls, durch und in der EU, durch die WWU mit Europa vereint zu bleiben. „Dieses entspräche auch den Interessen Finnlands“, folgert Jakobson, der viele Anhänger dieser Auffassung im Norden hat.

---

## V. Der Ostseeraum als EU-Region

---

Die Erweiterung der EU ist ein europäisches „Muß“, sie ist *die* Schicksalsfrage der Sicherheit Europas überhaupt, betonte Staatspräsident Ahti-

saari bei seinem Besuch in Brüssel Ende letzten Jahres und meinte damit auch den Nordosten unseres Kontinents. In diesem Zusammenhang ist eine andere wichtige, mit der europäischen Integration verknüpfte Aufgabe angesprochen worden: die der Sicherheit und Zusammenarbeit *aller* Länder rund um die Ostsee. Mit der energischen Unterstützung auch seitens der Bundesregierung und Bundesaußenminister Kinkel ist die Ostsee nunmehr zur „europaeigenen Region“, dem Mittelmeer gleichgestellt, erhoben worden; dies wurde jüngst in Madrid bestätigt. Der Ansatzpunkt für diesbezügliche Überlegungen in Finnland sind die bekannten Tatsachen unserer jüngsten Geschichte:

- Der Zusammenbruch der Sowjetunion, des Warschauer Paktes und des RWG;
- die Wiedervereinigung Deutschlands;
- die Rückführung der sowjetischen Truppen auch aus dem Baltikum (außer Kaliningrad) und die Wiedererstehung der 1940 durch die Sowjetunion okkupierten drei baltischen Staaten;
- der Beginn des sozioökonomischen Evolutionsprozesses in der Russischen Föderation mit Demokratisierungs- und marktwirtschaftlichen Entwicklungsansätzen;
- das Entstehen der GUS und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion (besonders Weißrußlands und der Ukraine);
- der Bürgerkrieg in Tschetschenien;
- das bosnische Drama.

Jeder der aufgezählten Punkte hat seine Bedeutung auch für Finnland, besonders aber eine bestimmte Entwicklung: An die Stelle der realsozialistischen Großmacht ist ein anderer, ebenfalls Kernwaffen besitzender Staat getreten, der sich in einem gewaltigen Wandlungsprozeß befindet, dessen innere Kohäsion, wirtschaftliche Kapazität, Handlungsmaximen und Absichten ungewiß und schwankend sind. Es sollte dies jedoch kein Vorwand sein, im Abseits die Entwicklung zum Besseren abzuwarten, sondern Finnland setzt darauf, schrittweise seine schon vorhandenen normalen, gutnachbarlichen und nützlichen Verbindungen sowohl zum Zentrum als auch besonders zu den benachbarten Gebieten und Wirtschaftsregionen weiter auszubauen. Finnland war der erste westliche Staat, der mit dem neuen Rußland schon 1992 einen Vertrag über den Ausbau von politischen Beziehungen schloß, auf den andere, etwa über die wirtschaftlichen Kontakte, folgten.

Vom nördlichen Murmansk und der Kola-Halbinsel über Archangelsk und Russisch-Karelien (Petrozawodsk), Wologda und Nowgorod bis St. Petersburg bestehen seit Jahren immer festere lokale und regionale kooperative Beziehungen privat- und kommunalwirtschaftlicher Art zu Städten und neugegründeten privaten und genossenschaftlichen Betrieben in Stadt und Land.

Finnland hat aufgrund eines Rahmenabkommens mit Rußland gemeinsam ausgearbeitete langjährige Programme im erwähnten Grenzlandgebiet in Gang gesetzt. Hunderte von Gemeinschaftsunternehmen und Projekte im Werte von heute über 300 Millionen Finnmark (staatsgestützt) enthalten u. a. auch wichtige Elemente der Sicherheit (im weiteren Sinne des Wortes), wie z. B. Fernmeldesysteme zu russischen Kernkraftwerken, die im Gebiet Murmansk und bei St. Petersburg nur jeweils hundert Kilometer von der finnischen Grenze entfernt ihre risikoreiche Tätigkeit noch immer fortsetzen. Finnland hilft, die ungeheuren Umweltsünden des Sowjetsystems zu lindern, z. B. die Wasserschäden an einem der größten Seen Europas zu beseitigen – dem Ladoga-See. Die Reinigung der Newa und des östlichen Teils des Finnischen Meerbusens geschieht durch den von Finnland mitgeplanten und mitfinanzierten Ausbau der St. Petersburger Kanalisationsanlagen. Neue Filter- und Abgassysteme werden in Fabriken eingebaut, die teilweise auf ehemaligem finnischen Territorium entlang der Ostgrenze stehen. An mehreren von diesen Projekten sind heute auch internationale Finanzinstitute, wie die Weltbank EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) und die Nordische Investitionsbank/NIB beteiligt oder werden durch TACIS-Mittel der EU ergänzt.

Rein kommerziell gehört Finnland mit einem Außenhandelsumsatz von 18,6 Milliarden Finnmark (1994) zu den acht größten Handelspartnern und Investoren Rußlands. Rußland war seinerseits hinter der EU-Gruppe mit insgesamt 58 Prozent der zweitgrößte Handelspartner Finnlands (8,9 Prozent).

Man ist in Finnland der Ansicht, daß die EU-Mitgliedschaft (die ja von Moskau in keiner Weise angefochten wird) zu einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen beiträgt. Die günstigen Transportverbindungen über die Ostsee zu modernen, gut ausgerüsteten finnischen Häfen, die hochentwickelte Infrastruktur, sichere Autostraßen und gleichspurige (mit Rußland) Eisenbahnverbindungen schlagen eine bequeme Brücke nach St. Petersburg und über die Häfen am Bottnischen

Meerbusen auch direkt in den Nordwesten Rußlands. Auch das 700 km weit von der Grenze entfernte Moskau ist gut erreichbar. Als *Gateway* zur EU funktioniert Finnland auch in der umgekehrten Richtung sowie als Basis gemeinsamer Projekte mit Drittländern (z. B. GUS-Staaten wie Kasachstan) und in Richtung der baltischen Staaten.

Die noch immer besorgniserregende innere Situation in Rußland hat zur Folge gehabt, daß die finnischen Behörden die Zusammenarbeit sowohl mit den russischen Grenz-, Zoll- und Polizeistellen als auch mit Interpol verstärkt haben, um Waffen-, Drogen- und Menschenmuggel nach und durch Finnland sowie terroristische Aktionen zu verhindern. Dabei sei erwähnt, daß der Strom einfacher russischer Bürger, die nach Finnland bloße Einkaufsreisen unternehmen, monatlich zunimmt (1995 etwa 200 000 Tagestouristen).

Der Wunsch Finnlands ist es, die demokratische, marktwirtschaftliche und rechtsstaatliche Entwicklung in der russischen Gesellschaft schon jetzt konstruktiv zu stützen – im Vertrauen darauf, daß besonders in St. Petersburg alte europäische Traditionen, die geographische Nähe und die wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Potentiale zusammen mit einer neuen Weltauffassung die jüngere Generation zu Offenheit und Kooperation mit dem Westen anspornen werden. Von gewissen russisch-nationalistischen Kreisen verbreitete Verdächtigungen, daß Finnland die im Krieg an die Sowjetunion verlorenen Landesteile, vor allem Karelien, zurückfordern wolle, werden in Finnland zurückgewiesen. Dies bestätigen auch die Meinungsumfragen und Aussagen von Politikern und hohen Militärs.

---

## VI. Die baltischen Staaten gehören zu Europa

---

Besonders enge Beziehungen hat Finnland zu den wieder unabhängigen drei baltischen Staaten entwickelt, vor allem zu dem nur 80 bis 100 km südlicher gelegenen, historisch und ethnisch verwandten Estland. Die vielfältige grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die nur mit z. T. systembedingten und psychologisch begründeten Schwierigkeiten in bezug auf Rußland angelaufen ist, hat sich mit den baltischen Staaten – obwohl mit einigen Hindernissen – bedeutend günstiger entwickeln können. Während jährlich die Anzahl der Reisenden auf den Fähren zwischen Finnland und Schwe-

den seit langem die Fünf-Millionen Grenze übersteigt, sind in diesem Jahr schon drei Millionen Finnen über Tallinn hauptsächlich nach Estland, aber auch über die Via Baltica nach Riga in Lettland, nach Litauen und weiter in Richtung Warschau gereist.

Die Bemühungen der finnischen Regierung, aber auch vieler Kommunen, Organisationen und Unternehmen zielen darauf ab, den Übergang der kleineren Staaten (Estland 1,6, Lettland 2,7 und Litauen 3,7 Millionen Einwohner, Gesamtfläche 174 900 km<sup>2</sup>, das entspricht 50 Prozent der Fläche Deutschlands) zu „westlichen“ Verhältnissen so konstruktiv und effektiv mitzugestalten, daß sie in allernächster Zukunft die gesetzgeberischen, fiskalischen und sonstigen Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft erfüllen können. Im Prinzip sind die Staaten bereits auf bestem Wege, denn durch Freihandelsabkommen gehören sie bereits der EFTA an; dazu haben alle Euro-Abkommen mit Brüssel abgeschlossen. Die EU, die Weltbank usw. haben bereits Missionen vor Ort und betreuen die verschiedensten Projekte. Mit Genugtuung hat man in Finnland notiert, daß auf dem Madrider EU-Gipfel die baltischen Staaten, die alle die Vollmitgliedschaft beantragt haben, nicht als Anwärter „hintenan in die zweite oder dritte Reihe“ gestellt worden sind, sondern auf der gleichen Linie mit allen anderen Staaten stehen.

Eine besondere Aufgabe für die fünf nordischen Staaten, die ja die Selbständigkeit der Balten als erste anerkannt bzw. neu bestätigt hatten, besteht darin, die Erfahrungen des seit 1955 existierenden Nordischen Rates mit seinen erprobten Methoden und Arbeitsweisen den drei baltischen Staaten – nun im Baltischen Rat vereint – zu vermitteln. Dabei ist stets zu beachten, daß sich die drei Völker und Länder untereinander aus ethnischen, historischen, konfessionellen u. a. Gründen sehr unterscheiden und sie außerdem handelspolitisch Konkurrenten sind. Die Zusammenarbeit der „5 + 3“-Staaten (Nordische Staaten und Baltikum) wird ergänzt durch den 1992 gegründeten Ostsee(anrainerstaaten)rat, zu welchem auch Deutschland, Polen und die Russische Föderation gehören (Abkürzung CBSS = Council of the Baltic Sea States).

Dank vielfältiger Initiativen, die noch Mitte der achtziger Jahre z. B. von den nördlichen Bundesländern (besonders Schleswig-Holstein) ausgegangen sind, hat jetzt durch die Nordost-Erweiterung der EU der gesamte Ostseeraum den Status einer „Europäischen Region“ erhalten. Für Finnland wie auch Schweden und Dänemark ergibt sich

dadurch ein zusätzliches Instrument, um die Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten systematischer und mit größerem Ressourceneinsatz auszubauen und gleichzeitig als Hilfe zur Selbsthilfe die Voraussetzungen für die Umstrukturierung der Wirtschaft im Baltikum zu verbessern. Strategisch wichtig ist z. B. die Frage der Energieversorgung im Ostseeraum durch den Bau eines *Baltic Cercle* für Stromtransfer, von neuen Öl- und Gasleitungen mit Nutzung regionaler wie örtlicher Energievorräte.

Es gilt, so schnell wie möglich Bedingungen zu schaffen, die für ein internationale Investitionen förderndes Klima günstig sind. Erst durch Zufluß von neuem Kapital kann jene Stabilität erreicht werden, die benötigt wird, um die durch Totalitarismus und Planwirtschaft entstandenen Schäden zu beheben. Dieses ist um so notwendiger, weil besonders in Estland und in Lettland als unerwünschtes Erbe der gezielten Russifizierungspolitik des Sowjetregimes in Estland bis zu 30 Prozent, in Lettland über 45 Prozent der Einwohner eingeschleuste ehemalige Sowjetbürger sind, unter ihnen gut 80 Prozent russischer Herkunft (nicht zu verwechseln mit den eigenständigen Minderheiten, die seit jeher die Staatsbürgerschaft besitzen). Diese wollen sich nur zu einem geringen Teil in die estnische oder lettische Kultur integrieren lassen, möchten aber auch nicht in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren und haben meistens keinen ständigen Arbeitsplatz, weil die früheren Allunionsbetriebe zum größten Teil stillstehen.

Es liegt im Interesse aller Ostseeanrainer und der EU-Staaten, daß aus diesem – von der früheren sowjetischen imperialen Machtpolitik herrührenden – ethnischen Problem (das auch von den Menschenrechtsbevollmächtigten der OSZE und des Europarats beobachtet wird) keine Bedrohung der inneren Sicherheit dieser Staaten, aber auch nicht der allgemeinen Sicherheit im Ostseeraum erwächst. Gewisse nationalistische und großrussische Kreise, die eine „Integrierung“ oder „Anpassung Rußlands an Europa“ strikt ablehnen, nehmen den „völkerrechtswidrigen Status und die menschenunwürdige Behandlung der Russischsprechenden“ zum Vorwand, um auf Estland und Lettland politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, der verstärkt wird durch Drohungen, „die Landsleute Rußlands“ mit Waffengewalt zu schützen, auch vor der „Gefahr, die von dem Vordringen der NATO ins Baltikum, vor die Tore St. Petersburgs“ ausgeht. Zu erwähnen wäre dabei, daß laut Vertrag über den Abzug der Sowjettruppen aus dem Baltikum noch etwa 80 000 ehemalige Armeeeingeborene mit Familien-

mitgliedern privilegiert als russische Rentner und Mitbürger im Baltikum weiterleben können und dürfen.

---

## VII. Sicherheitsaspekte im Nordosten Europas

---

Das reale Bedürfnis der baltischen Staaten, die Rückkehr zu Demokratie und Marktwirtschaft durch enge Kooperation und mit Hilfe der EU zu bewirken, wird aus den erwähnten Gründen ergänzt durch das Bestreben, ein größtmögliches Maß an militärischer Sicherheit durch Anlehnung an den Westen und die NATO (WEU) zu erhalten. Als „Vorstufe“ sind Verträge im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ unterzeichnet worden; die Streitkräfte erhalten Schulungen durch westliche Experten, und Einheiten beteiligen sich an NATO-Manövern wie auch an der Nordischen Brigade in Tuzla.

Für die Ostseeländer ist es nicht unwichtig, wenn in bezug auf Sicherheitsfragen unbedacht einem benachbarten Staat das Recht zugesprochen wird, in der Rolle einer sogenannten Ordnungsmacht (im Kaukasus, in Zentralasien) aufzutreten. Als solche maßt sie sich an, an ihre kleineren, jedoch souveränen Nachbarstaaten Ansprüche zu stellen, die sich auf „allgemein anerkannte Sicherheitsinteressen einer Weltmacht“ stützen. Wer definiert diese Interessen, fragt man sich im Baltikum, wie weit reichen sie dieses Mal geographisch, und wann wird die Aufteilung in Sphären der „legitimen Interessen“ wieder zum Verhandlungsobjekt zwischen anderen Staaten – über unsere Köpfe hinweg?

Es würde einen schweren Rückschlag für die Stabilisierung im nordöstlichen Ostseeraum bedeuten, wenn das westliche und nördliche Europa den baltischen Staaten in dieser Zeit nicht geeignete Hilfe leisten könnte; andernfalls würde eine unheilvolle Schwachstelle entstehen, die von Integrationsgegnern schnell und endgültig ausgenutzt werden würde. Nach den Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien wäre es für die EU-Anhänger im Norden eine herbe Enttäuschung, setzte sich nicht „in Brüsseler Kreisen“ die Einsicht durch, in Sicherheitsfragen, die die Ostseeregion *als Ganzes* betreffen, Festigkeit in den gemeinsam bezogenen Positionen und nüchternes Verantwortungsbeußtsein offen zu zeigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, konsequente Maßnahmen, die Investitionen, Entwicklung und Stabilität im Wirt-

schafts- und Sicherheitskomplex betreffen, weiterhin energisch durchzuführen und nicht auf dem beschrittenen Wege zu zaudern

Mit Blick auf den „höchsten Norden“ haben russische Militärs unlängst bestätigt, daß das nukleare Gleichgewicht „als Friedensgarantie der Welt“ und die Sicherheit Rußlands von der Stärke und Einsatzbereitschaft der russischen, mit Kernwaffen ausgerüsteten U-Bootflotte (und den strategischen Bombergeschwadern) abhängt. Murmansk mit seinen militärischen Nebenhäfen ist heute das wichtigste strategische Gebiet Rußlands, außerdem ausgestattet mit großen Kernkraftwerken und – leider sehr ungenügend geschützten – nuklearen Zwischen- und Endlagerstätten.

Im Zuge seiner Nachbarschaftspolitik betreibt Finnland seit langem und heute auf neuer Basis einen normalen Grenz- und Handelsverkehr mit Murmansk. Mit Erfolg wird wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland und anderen Staaten zur Erschließung der Bodenschätze, der Erdöl- und Gasvorkommen auf der Halbinsel Kola, in der Barents-See und im Timano-Petschorsker Becken westlich vom Ural betrieben. Die EU-„Ostsee-Region“ wird „ergänzt“ durch die Tätigkeit der Parlamentarier und Experten aus acht Ländern – auch aus den USA und Kanada – im Arktischen Rat sowie in den Gremien des Rats der Barents-See-Region.

Finnland fühlt sich in seiner Sicherheit nicht bedroht. Es strebt – wie auch Schweden, dessen politische Einstellung für Finnland stets von großem Gewicht ist – keine Mitgliedschaft in der NATO an, weist aber eine Zusammenarbeit, wie z. B. in der „Partnerschaft für den Frieden“ (seit Mai 1994), nicht zurück. Die traditionelle Friedensbewahrung im Rahmen der UNO wird neuerdings durch den Einsatz eines finnischen Bataillons (im Kontingent der US-Truppen) als Teil der Nordischen Brigade auf neuer Basis erweitert. Unser Ziel ist es, weiterhin eine starke eigene Verteidigung überzeugend aufrechtzuerhalten, ohne militärische Allianzen einzugehen. Die von Finnland praktizierte Bündnisfreiheit ist als wichtiger Beitrag zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Nordeuropa einzuschätzen. Diese Einstellung zur Hauptaufgabe der Streitkräfte Finnlands wird auch von der wehrpflichtigen Jugend mit Überzeugung mitgetragen.

Die Sicherheit unserer Umgebung beschränkt sich allerdings nicht nur auf militärische Faktoren, sondern wird viel weitreichender aufgefaßt – hierzu gehören Umweltfragen und der Schutz vor Luft- und Wasserverschmutzung, die nukleare Sicher-

heit in Finnland und bei den Nachbarn, das Fortdauern von sozialen Spannungen, von Verbrechertum und Terrorismus, Menschenschmuggel, Drogen- und Waffenhandel. Die weitvernetzte und in vielen Bereichen schon Jahrzehnte andauernde Zusammenarbeit mit Nachbarländern und internationalen Organisationen, Rettungsdiensten auf dem Meer und in der Luft im Ostseeraum hat durch die neuen Organisationen der Ostsee-Region erweiterte Koordinations- und Finanzierungsmöglichkeiten bekommen, in welchen die „jüngeren Mitgliedsländer“ gerne zur Mitarbeit aufgefordert werden.

Man hat in Finnland derzeit nicht das Gefühl, daß man von der fundamental wichtigen, durch mehrere Kriege verteidigten nationalen Unabhängigkeit einen Teil leichtfertig „an Brüssel“ abgegeben hätte. Die Möglichkeiten, weiterhin für die Bewahrung der Selbständigkeit nun in einem neuen, größeren Rahmen zu wirken, scheinen jedenfalls vielfältiger geworden zu sein. Hat Finnland bisher mehr an Souveränität verloren als etwa Dänemark, Irland, die Benelux-Staaten u. a.? Wieviel Selbstbestimmungsrecht würde andererseits Finnland in Zukunft vielleicht verlieren, bliebe es „außen vor“?

Trotzdem ist es richtig, darauf hinzuweisen, daß in Meinungsumfragen (November 1995) mit bedeutender Mehrheit (über 60 Prozent) abgelehnt wird, daß die Beschlußfassung der EU-Organen in innen- und sozialpolitischen Fragen Finnlands erweitert würde; dasselbe gilt für Dänemark und Schweden (und ist auch eines der Hauptargumente gegen die EU-Mitgliedschaft in Norwegen). Teilweise schwer durchschaubare oder demokratisch ungenügend kontrollierte Behörden in „Brüssel“ sollten in diesen Bereichen kein Bestimmungsrecht besitzen, die Eigenart der einheimischen Strukturen nicht einengen oder abändern dürfen. Man ist im Norden vielmehr der Meinung, daß die moderne Staatengemeinschaft heute bedeutend mehr komplexe Aufgaben bewältigen kann (und auch muß) als je zuvor, aber daß dadurch das Gewicht der Nationalstaaten nicht kleiner werden muß. Die Europa-Idee dient der Zusammenarbeit, aber sie ersetzt nicht die innere Kraft, den Elan und das Gefühl der Zusammengehörigkeit des Volkes im Nationalstaat. Das Netz der starken, selbständigen Nationen – geeint in einem gemeinsamen Ziel – wird auch weiterhin das Fundament internationaler Systeme bilden – in diesem Falle der EU.

Die Union darf kein Klub von drei oder vier Großstaaten sein, meinte Staatspräsident Ahtisaari, son-

dern kann nur dann als eine Union in Europa funktionieren, wenn sie von den Bürgern der einzelnen Mitgliedsländer mitgetragen und in ihrer Tätigkeit – dank vermehrter und ausreichender Transparenz und Aufklärung – begriffen und gutgeheißen wird. Aus dieser Sicht findet das Prinzip der Subsidiarität viel Verständnis und Unterstützung, weil es die Ziele der EU auf der realen Ebene der Bürger schärfer zu profilieren imstande ist.

---

## VIII. Fazit

---

Das Selbstgefühl der Finnen ist erstarkt, stellte Max Jakobson (in einem Artikel zum Nationalfeiertag am 6. 12. 1995) fest, weil Finnland durch sein Ja zu Maastricht, durch die selbstgewählte EU-Mitgliedschaft als freier Staat zusammen mit den übrigen EU-Ländern in wichtigen, Europa betreffenden Fragen gleichberechtigt mitbestimmen kann. Hierzu gehört auch, daß die Finnen die Frage, ob eine EU-Mitgliedschaft ihr Gefühl der Stabilität und Sicherheit erhöhe, mit Ja beantworten.

Unsere eigenen Bemühungen und Zielsetzungen scheinen denen der EU bisher zu entsprechen. Die durch ein marktgestütztes Wirtschaftswachstum erhöhte soziale Sicherheit vermehrt auch die innere Stabilität der demokratischen Mitgliedsländer und vergrößert ihre Möglichkeiten, sich an dem flexiblen und konstruktiven Prozeß in Europa zu beteiligen, der Sicherheit nicht *gegen* jemanden aufbaut, sondern Wohlstand und Schutz, Freiheit und Menschenwürde *für* die Europäer zum Ziele hat. Die Finnen wollen zu diesem historischen Prozeß des Übergangs zu neuen Formationen ihren Teil beitragen – wohl wissend, wo in Europa ihre Heimat ist und was sie zu geben vermögen.

Im zweiten Halbjahr 1999 steht Finnland die Präsidentschaft der Europäischen Union bevor, nach einer hoffentlich erfolgreichen Regierungskonferenz und mitten in der Periode der endgültigen Ausformung der WWU. Auch innenpolitisch wird es eine spannende Zeit werden: Auf die Parlamentswahlen im Frühjahr 1999 folgen im Herbst die Präsidentschaftswahlen, und Anfang 2000 finden die Kommunal- und EU-Abgeordnetenwahlen statt. Hoffentlich wird auch dann die Union den Erwartungen aller Europäer entsprechen.

# Finnland (Suomi)

## Finnland in Zahlen

Hauptstadt:	Helsinki
Einwohner:	5 Millionen
Fläche:	338 000 km <sup>2</sup>
Einwohner je km <sup>2</sup> :	15
Regionen:	12 Provinzen (Lääni)
Sprachen:	Finnisch, Schwedisch
Währung:	markka (FIM) – (1 ECU: 5,84 FIM)
Bruttoinlandsprod.:	71,5 Milliarden ECU
BIP pro Kopf:	14 110 ECU
Arbeitslosigkeit:	17,7 Prozent

## Konvergenzkriterien (1994/Breuss/OECD)

Inflationsrate:	1 Prozent
Neuverschuldung:	4,3 Prozent des BIP
Staatsschuld (insg.):	65,4 Prozent des BIP
Langfristige Zinsen:	8,4 Prozent

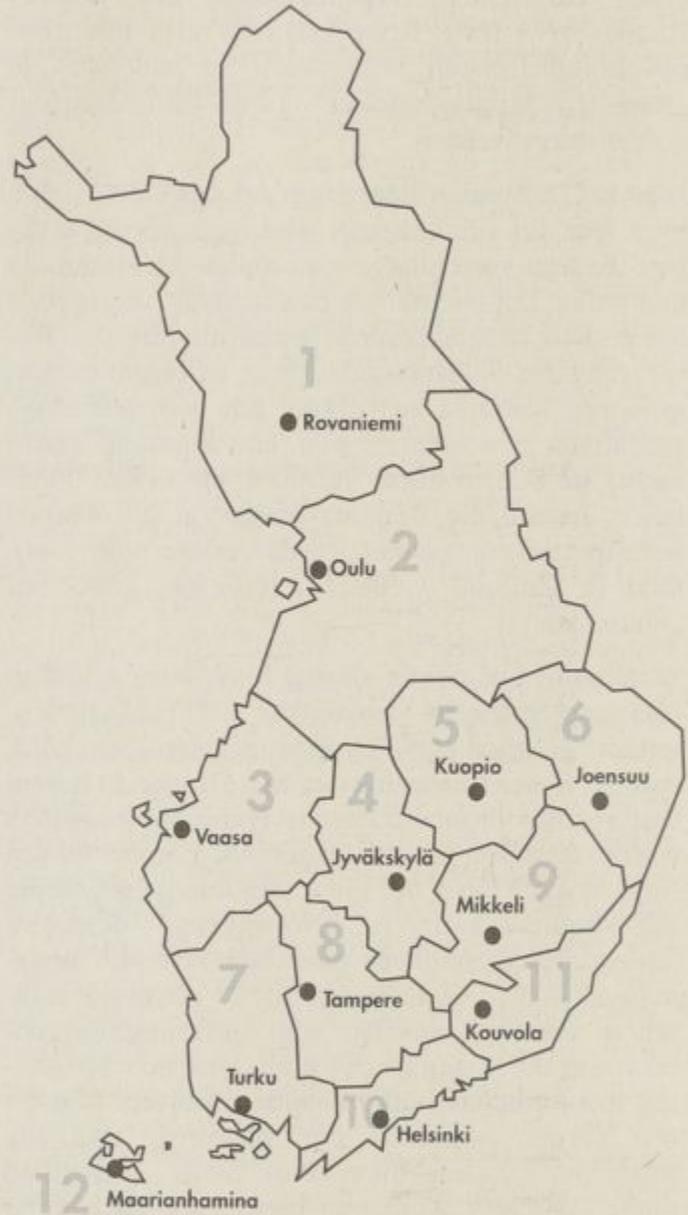
## EU-Referendum am 16. Oktober 1994

Ja-Stimmen:	57 Prozent
Nein-Stimmen:	43 Prozent

## Stimmen oder Sitze in den EU-Institutionen

Stimmen im Ministerrat:	3
Sitze im Europäischen Parlament:	16
Sitze im Ausschuß der Regionen:	9
Sitze Wirtschafts- und Sozialausschuß:	9

Quelle: EU-Informationen Nr. 1/Januar 1995



- |                      |                          |                     |
|----------------------|--------------------------|---------------------|
| 1 LAPIN LÄÄNI        | 5 KUOPION LÄÄNI          | 9 MIKKELIN LÄÄNI    |
| 2 OULUN LÄÄNI        | 6 POHJOIS-KARJALAN LÄÄNI | 10 UUDENMAAN LÄÄNI  |
| 3 VAASAN LÄÄNI       | 7 TURUN JA PORIN LÄÄNI   | 11 KYMAN LÄÄNI      |
| 4 KESKI-SUOMEN LÄÄNI | 8 HÄMEEN LÄÄNI           | 12 LANDSKAPET ÅLAND |

## **Hartmut Hausmann: Die neue Agenda für die europäische Politik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/96, S. 3–9

Auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember 1995 in Madrid wurde der Zeitplan für die künftige Gestaltung Europas im Hinblick auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts festgelegt. Werden die geplanten Schritte zur Vertiefung und Erweiterung der Integration im beschlossenen Umfang verwirklicht, so wird die Union in den nächsten zehn Jahren ihre Strukturen und ihre Bedeutung nach außen stärker verändern als in den 44 Jahren ihres bisherigen Bestehens seit der Gründung der Montanunion.

Der Beitrag untersucht die wechselseitigen Auswirkungen der im März 1996 beginnenden Regierungskonferenz (Maastricht II), der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Erweiterung um Länder Mittel- und Osteuropas bzw. des Mittelmeerraums. Darauf aufbauend muß die Neufestlegung der Finanzplanung der Union im Rahmen einer finanziellen Vorausschau bis zum Jahr 2000 beschlossen werden, deren Volumen wiederum stark von einer unumgänglichen Reform der Agrarpolitik sowie von den Aufgaben abhängt, die sich aus der Schaffung der geplanten europäischen Sicherheitsstruktur und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten der Union im Osten und im Mittelmeerraum ergeben.

In der Darstellung der verschiedenen Reformvorhaben wird zugleich deutlich, daß der in der politischen Diskussion immer wieder hervorgehobene Gegensatz zwischen Vertiefung und Erweiterung der Union nicht existiert, sondern daß eine enorme Interdependenz zwischen den Reformschritten besteht, die zum Teil bewußt von den Staats- und Regierungschefs in ihren Beschlüssen angelegt wurde.

## **Anton Pelinka: Österreich: EU-Mitgliedschaft als Katalysator**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/96, S. 10–17

Das politische System Österreichs befindet sich in einem Wandlungsprozeß. Dessen wichtigste Merkmale sind der Rückgang der Parteienstaatlichkeit und der Rückgang der Verbändestaatlichkeit. Die EU-Mitgliedschaft hat diesen Wandlungsprozeß nicht verursacht – es gibt aber viele Anzeichen dafür, daß der Beitritt zur Europäischen Union diesen Prozeß beschleunigt.

Die Mitgliedschaft in der EU bewirkt vor allem einen Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft und der Neutralität. Damit werden zwei wichtige Merkmale der politischen Kultur Österreichs schwächer, die mit der politischen Qualität der Zweiten Republik identifiziert worden sind. Das politische System Österreichs verwestlicht – viele seiner Merkmale gleichen sich den Erscheinungsformen anderer westeuropäischer Demokratien immer stärker an. Die Ausnahme von diesem Angleichungsprozeß ist die Freiheitliche Partei Österreichs, die – anders als alle anderen österreichischen Parteien – im europäischen Kontext keiner der traditionellen Parteienfamilien zuzurechnen ist und gerade auch in Deutschland keine Schwesterpartei hat.

## **Bo Hultdt: Schweden und die Europäische Union**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/96, S. 18–26

Schweden ist ein Nachzügler in Sachen Integration. Die Entscheidung, der Union beizutreten, wurde mit starker Unterstützung der politischen Elite getroffen, in deren Augen keine Alternative zur Mitgliedschaft bestand, während in der breiten Öffentlichkeit eine sehr zögerliche Haltung überwog. Diese Haltung und die wieder zunehmende Euro-Skepsis zu überwinden, wird Zeit und „Erziehung“ erfordern. Die EU-Mitgliedschaft und eine bereits erkennbare Sorge Schwedens um Effizienz und Effektivität innerhalb der Organisation, der es beigetreten ist, wird die schwedische Haltung in Richtung eines zunehmend aktiveren Engagements verändern – auch in der breiten Öffentlichkeit. Für die öffentliche Meinung in Schweden wird auch von großer Bedeutung sein, wie die EU es schafft, die sich immer stärker abzeichnende Krise des Wohlfahrts- bzw. des Sozialstaates zu meistern.

Die schwedischen Traditionen sind pragmatisch und auf praktische Ergebnisse anstatt auf große Visionen ausgerichtet. Schweden betrachtet die Union sicherlich nicht mit einer föderalistischen Perspektive, und das wird wohl auch so bleiben. Es gibt allerdings Bereiche, in denen die Schweden sich für supranationale Verpflichtungen der Mitgliedstaaten einsetzen könnten. Das gilt beispielsweise für Umweltfragen, Flüchtlingsangelegenheiten und die Bekämpfung von Kriminalität und Drogenhandel. In der langen Friedenszeit seit 1815 war Schweden stets der „standhafte Nationalstaat“; aber heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, wächst die Akzeptanz eines weitergefaßten Sicherheitskonzepts, das die schwedische Sicherheit im Sinne einer internationalen Zusammenarbeit in Verbindung mit der Europäischen Union versteht.

## **Antti Karppinen: Finnland in der Europäischen Union**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/96, S. 27–38

Die nunmehr einjährige Erfahrung der Mitgliedschaft in der EU ist in Finnland mit nüchterner Akzeptanz im allgemeinen positiv bewertet worden. Man ist sich einig, daß die Union eine Organisation im Werden ist, die sich flexibel an wirtschaftliche und politische Tatsachen und Zwänge in einem Europa des Umbruchs anpassen muß, wobei die gemeinsamen Hauptziele – Freiheit, Wachstum, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit – für alle Europäer gleichermaßen gelten. Finnland erlebt einen Strukturwandel seines Wirtschaftslebens, der mit der EU-Mitgliedschaft und der Anpassung an die EU-Normen zusammenfällt. Die Mitarbeit in der EU – wie z. B. bei den Vorbereitungen zur Regierungskonferenz und zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – hat eine erwünschte Stabilität in der finnischen Finanzpolitik erzeugt. Das schier unlösbare Problem der Arbeitslosigkeit in der EU stimmt das mit demselben Übel kämpfende Finnland bedenklich.

Die Verwirklichung der WWU sowie die Durchführung der notwendigen Ost-Erweiterung werfen schwierige Fragen auf, die auch unter Beachtung von Sicherheitsaspekten gelöst werden müssen. Ein erfreuliches Ereignis ist die Gründung der EU-Ostsee-Region: Sie wird eine wichtige Grundlage für die Erweiterung dort schon bestehender Zusammenarbeit sein. Die Beziehungen zum neuen Rußland sind zahlreich und für Finnland außerordentlich bedeutsam.

Die angespannte Lage im Baltikum bedeutet allerdings eine Gefahr für die Sicherheit im Ostseeraum, d. h. für Europa insgesamt, sollte nicht den baltischen Staaten energisch seitens des Westens geholfen werden, sich gegen Drohungen und äußeren Druck zu wehren. Finnland selbst fühlt sich nicht bedroht. Seine Sicherheitspolitik stützt sich nicht auf militärische Allianzen, sondern auf eine eigene starke Verteidigung, ist aber für eine Zusammenarbeit, wie die „Partnerschaft für den Frieden“, offen. Ein neuer Schritt ist der Einsatz in Bosnien unter NATO-Oberkommando.

Zusammenfassend ist zu bemerken, daß die EU-Bürokratie mehr darauf achten sollte, dem ‚gewöhnlichen‘ Bürger die EU-Ziele verständlich und nutzbringend darzustellen. Durch sinnvolle Anwendung des Subsidiaritätsprinzips würde die Mitarbeit in der EU verstärkt und diese sich wiederum der konkreten Wirklichkeit in den Mitgliedstaaten nähern.

Finnland hält es für äußerst wichtig, daß die drei baltischen Staaten seitens der EU und besonders der Ostseeanrainerstaaten jegliche Unterstützung beim weiteren Aufbau ihrer Demokratie und Marktwirtschaft erhalten, damit sie in dieser entscheidenden Übergangsphase sich erfolgreich gegen Drohungen und äußeren Druck zur Wehr setzen können.